

# Der Heimatdienst

## 10 Jahre neues Preußen

30. November 1920



30. November 1930

Königreich Preußen

### Verfassungsurkunde

vom 31. Januar 1850

**W** Friedrich Wilhelm,  
von Gottes Gnaden König von Preußen u. s. f. fun-  
fund uns fügen zu wissen...

Republik Preußen

### Verfassungsurkunde

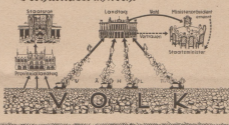
vom 30. November 1920

- Art. 1. Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches.  
Art. 2. Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes.

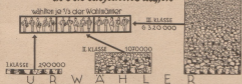
### Dreiklassenwahlrecht u. Herrenhaus



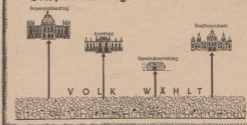
### Verhältnisswahlrecht



### Zahl der Urwähler in den einzelnen Klassen



### Selbstverwaltung



# Innere Konsolidierung und außenpolitische Aktionsfähigkeit.

Rede des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius in der Sitzung des Reichsrats vom 20. November 1930.

In der Vollziehung des Reichstags am 20. November h. J. wurden die Sanierungsgesetze und der Reichsplan für 1931 angenommen. Am Schluss der Sitzung sprach Reichskanzler Dr. Brüning dem Reichsplan die seine außerordentlich schnelle, eingehende und lässlich äußere wertvolle Arbeit beim Staat der gesamten Reichsregierung dankend zuerkennend. Er hob besonders hervor, dass er dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen über die Außenpolitik der Reichsregierung gab. Nach eingehenden Beratungen über die Verhandlungen mit Estland über die Memelautonomie und die Auslieferung der Reichsarmee über die Auslieferung der Reichsarmee in Dage, die Gegenstand von Beratungen im Auswärtigen Büro des Reichstags gewesen waren, führte Reichsminister Dr. Curtius aus:

Wenn ich von den Beziehungen zwischen dem vorliegenden Gesetzgebungswerk und der Außenpolitik sprechen soll, so drängt sich zuerst der Gedanke an die Fragen des Young-Plans in den Vordergrund. Gerade in dieser Beziehung sind allerdings die Zusammenhänge so offensichtlich, daß ich dem, was darüber von Regierungseite schon bei anderer Gelegenheit öffentlich gesagt worden ist, kein Wesentliches hinzuzufügen brauche. Insbesondere brauche ich gerade vor Ihnen nicht zu betonen, daß der Zusammenhang mit der Außenpolitik natürlich nicht so zu verstehen ist, als ob die jetzt verabschiedeten Gesetze nur die Bedeutung eines Vorspiels, eines bloß tatsächlichen Mittels zur Einleitung außenpolitischer Aktionen darstellen. Es handelt sich um ein Reformwerk großen Stils, um den Plan, mit einschneidenden Maßnahmen Wirtschaft und Finanzen in Deutschland zu sanieren. Insofern ist das Gesetzgebungswerk naturgemäß seinen unmittelbaren Zweck in sich selbst. Aber gleichwohl gilt es, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß niemand so ohne heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, die Ordnung in unserem Hause schaffen sollen, auskommen werden und wann wir auch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgesehen sind. Man wird im Ausland Verständnis dafür erwarten dürfen, daß die Reichsregierung nach Durchführung ihres Wirtschafts- und Finanzplans sich so zu tun und zu lassen beabsichtigt, als ob sie nicht auch zu jenen Hilfsmitteln greifen muß.

Es ist völlig abwegig, wenn von gewissen Stellen im Ausland in solcher Haltung der Reichsregierung ein Infragestellen der deutschen Unterchrist gesehen wird. Wir werden den Neuen Plan nicht zerschellen, den Vertragsboden nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Plans gegeben. Schon Dr. Stresemann hat in seiner Rede vor dem Reichstag am 24. Juni 1929 erklärt, daß niemand die Garantie für die Durchführung des Young-Plans übernehmen könne, und daß auch niemand, als der ganze Welt eine Garantie von uns erwartete. Ich selbst habe ebenfalls als Garantien oder auch nur Propehezieungen über die Durchführbarkeit des Planes stets abgelehnt und diese Haltung gegenüber allen Anfragen im Laufe der Beratungen des Neuen Plans durch den Reichstag nicht geändert. Jene Kritik, die sich an die deutsche Unterchrist unter dem Young-Plan knüpft, ist um so ungerechtfertigter, als auch die Kritiker einsehen müssen, daß nach den Haager Konferenzen, erst recht seit der Pariser Sachverständigenkonferenz vom Frühjahr 1929 eine völlige Durchleuchtung der ganzen Wirtschaftslage und der befremdenden bescheidenen Verhältnisse, geradezu ein Erfordernis, wie man nicht mit Unrecht gesagt hat, nicht treten ist, und als von der Zusammenarbeit, die nach dem Willen der Sachverständigen und der ausdrücklichen Zusicherung der Gegenseitigkeit durch die Regierungen ein wesentliches Hilfsmittel für die Lösung der Aufgabe Deutschlands sein sollte, bisher wenig zu bemerken war. Bei dem Ernst und der Tragweite eines Entschlusses der Reichsregierung, von den Vertragsrechten des Neuen Plans Gebrauch zu machen, ist es selbstverständlich, daß die Reichsregierung nur nach sorgfältiger Abklärung aller in Betracht kommenden Faktoren handeln wird. Sie ist aber davon durchdrungen, daß die Verantwortung dafür trägt, daß das deutsche Volk durch unerrätliche Kräfte nicht einer sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird.

Aber mit diesem kurzen Hinweis auf die Reparationsfrage ist die Bedeutung des Gesetzgebungswerkes für eine wirksame Förderung unserer außenpolitischen Interessen nicht erschöpft. In einer Zeit der Säuerung und Spannung wie der Gegenwart ist die Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik eine härtere und unmittelbarer, als sie es in anderen Zeiten zu sein braucht. Zur Durchführung der großen an sie heran tretenden Aufgaben bedarf die Außenpolitik ganz allgemein größtmöglicher Konsolidierung im Innern, geordneter Finanzen, Wiederherstellung der Wirtschaft.

Die außenpolitischen Ziele, denen somit auch dieses große Reformwerk dient, sind in den Regierungserklärungen vom 1. April und 16. Oktober 1930 dahin gekennzeichnet: Eringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege des friedens unter Ablehnung einer Politik der Abenteuer.

Mit der Rheinlandräumung, der Befestigung der Finanzkontrolle und der Beendigung der Militärkontrolle ist ein gutes Stück des Weges durchgemacht. In der Vergangenheit ist unsere Aktionsmöglichkeit weitgehend für diese Aufgaben eingeschränkt worden. Zusätzlich fanden dabei unsere Beziehungen zu denjenigen Mächten im Vordergrund, die für die Behandlung dieser Probleme in erster Linie maßgebend waren. Es ist aber ein hoffloses Schicksal, wenn man der früheren und gegenwärtigen Außenpolitik den Vorwurf einseitiger Orientierung machen will. Ich habe dagegen schon in meiner Rede zum Volksbegehren vom 29. November 1929 und in meiner Rede am Juni dieses Jahres Stellung genommen. Die deutsche Außenpolitik, so etwa habe ich ausgeführt, war niemals in dem Sinn ausschließlich auf die Lösung der vorerwähnten Aufgaben eingestellt, daß sie darum andere Ziele auch nur vorübergehend aus dem Auge verlor und preisgab hätte. Das Ziel der Rheinlandräumung war ein Teil einer Außenpolitik, die von normierten auf breitere Grundlage gestellt war, eine Grundlage, die für sich Deutschland stets offen bekannt hat, und die es auch in denjenigen Perioden nicht verlassen hat, wo die Räumungsfrage und in Verbindung damit die Reparationsfrage im Vordergrund aller unserer diplomatischen Verhandlungen standen. Ebenso unberechtigt ist die Behauptung, die Forderung unserer Außenpolitik sei ausschließlich oder zu sehr auf die Beziehungen zu dieser oder jener einzelnen fremden Macht beschränkt und lasse sich bezüglich der Richtigkeit auf diese Macht bestimmen. Gerade die deutsch-französische Verständigung, die Zusammenarbeit mit Frankreich von der größten Tragweite für die deutsche und europäische Politik überhaupt. Der Herr Reichskanzler hat in einer Unterredung, die er jüngst einem Sonderkorrespondenten des „Petit Parisien“ gewährt hat, mit deutlichen Worten dafür plädiert, daß auf dem Wege der Liquidation des Krieges die beiden Hauptkontrahenten, Deutschland und Frankreich, in friedlicher Zusammenarbeit mit den großen Nachbarstaaten den Boden für eine aufrichtige Verständigung weiter pflegen und erschließen auf dem gemeinsam beschrittenen Wege weiter gehen. Über selbst in den Perioden, wo die Wogen der Diskussion über jene Gegenstände am höchsten gingen, ist es nicht verkannt worden, gerade zu dem ändern, die außerhalb des Kreises der Verfallenen Mächte standen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjet-Rußland, die Beziehungen zu pflegen und fruchtbar zu gestalten.

Zur Parteilichkeit oder Vereingengenommenheit kann leugnen wollen, daß hierbei Erfolge erzielt sind. Wir werden in der gleichen Richtung auch in Zukunft weiter arbeiten müssen. Nicht in der Illusion, als ob wir allein mit Hilfe dieser oder jener einzelnen Macht die Folgen und Kosten des verlorenen Krieges aus dem Wege schaffen könnten, sondern in der Erkenntnis, daß die Interessen Deutschlands den Ausbau der internationalen Beziehungen überall da gebietet, wo das für unsere Zeit von Vorteil ist. Wir erleben kein Bündnisystem nach dem Muster der Vorkriegszeit. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse daran, daß sich eine Scheidung der Staaten in getrennte Lager vollzieht. Wenn sich freilich gegenseitliche Auffassungen zwischen den Regierungen über die prinzipiellen Grundlagen der internationalen Politik herausbilden, wird man uns stets auf der Seite derjenigen finden, die sich für Gleichberechtigung und Fortschrittliche Gestaltung der Dinge einsetzen. Das habe ich schon im Juni dieses Jahres im Reichstag ausgeführt. Was wir erleben, ist eine weitgehende Zusammenarbeit zur Befestigung der Kriegsverträge, zur Hebung der Wirtschaft, zur Ermöglichung des Ausgleichs der gewaltigen Spannungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung, Aufgaben, die unserer Zeit gestellt sind, die aber nicht in der Vereingengenommenheit oder auch nur von einzelnen Diktatoren gelöst werden, sondern die unauflösliche Solidarität erfordern. Die unterfertigten Akte der Verständigung, die europäische Wirtschaft durch Zusammenarbeit zu ordnen und zu heben, Probleme, die gerade jetzt in Genf in der dort tagenden Regierungskonferenz gefördert werden sollen, und die zu den interessantesten Vorschlägen einer Zollprellerei für südeuropäisches Getreide in Europa und einer grundlegenden Festlegung des vertraglichen Systems zwischen den Schutzvölkern und den freihandelsländern in Europa geführt haben. Wir dürfen aber auch nicht an den politischen Ursachen der europäischen Tot

vorbeigehen. Wir halten, wie wir in der Antwortnote auf die dankenswerte Anregung des französischen Außenministers zur europäischen Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht haben, eine notwendige Reform im Geiste der Verständigung für notwendig, die die Grundzüge der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung bringt.

Don solchen Grundgedanken getragen, lassen Sie mich zu den Problemen Stellung nehmen, die gegenwärtig und noch auf lange hinaus die Außenpolitik beherrschen und die Gegenläufige eingehender Erörterungen in der französischen Kammer gewesen sind, der Abrüstungs- und der Revisionfrage.

Auf die Einzelheiten der Abrüstungsfrage, die nur Zeit in Genuß zur Erörterung ließen, will ich hier nicht näher eingehen. Wir können zum Großen Vorteil für den deutschen Standpunkt in voller Übereinstimmung mit den Absichten der Reichsregierung vertritt, das Vertrauen haben, daß er seine schwierige Aufgabe dort wie bisher mit dem Mut und der Entschlossenheit durchführt, die sich auf das gute Recht Deutschlands stützen. Ich wiederhole vor Ihnen auch nicht einmal alle grundlegenden Gedanken zu beherzigen, die schon in früheren Kundgebungen, zuletzt noch in der Entschliessung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, über die Abrüstung klar und eindeutig zum Ausdruck gekommen sind. Dagegen erhebt es mir gebieten, Ihre gewissenhaften Aufmerksamkeiten auf die mir vor wenigen Tagen aus dem Munde des Chefs der französischen Regierung geäußerten.

Während wir in der Abrüstungsfrage folgerichtig und beharrlich die gleiche Linie eingehalten und hierbei in machendem Maße Zustimmung sowie Unterstützung anderer Länder erfahren haben, beachtlich anscheinend die französische Regierung, eine völlige Kursänderung vorzunehmen. Sie verläßt nach den Worten ihres Chefs den Boden, der seit 1919 die Grundlage aller Abrüstungsverhandlungen gewesen ist. Wie soll ich es anders verstehen, wenn von so maßgebender französischer Seite gesagt wird, daß von einem vertraglichen Rechte Deutschlands auf eine allgemeine Abrüstung die Rede sein könne, sich nehmen, der den Besiegten auferlegten Verpflichtung nur ein frontaler Lauf der Sieger gegenüber überläßt? Der französische Ministerpräsident ist ein zu guter Kenner des Vertrages von Versailles, als daß ihm nicht die Bestimmungen bekannt sein sollten, die das ganze Kapitel über die Entwaffnung Deutschlands einleiten. Er ist auch ein zu guter Kenner der Verläufe Vorgänge, als daß er nicht wissen sollte, wie in Übereinstimmung mit dieser Einleitung, das Ultimatum der alliierten und assoziierten Mächte den Zweck der Entwaffnung Deutschlands feststellte. Dort heißt deutlich und in bindender Form, daß die Mächte der Besiegten die Verantwortung für die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung ist. Im Zusatzprotokoll von Locarno haben ferner die vertragsschließenden Mächte ihre feste Abzweigung erklärt, daß die Inkraftsetzung der Locarno-Verträge und Abkommen, ... indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die ... Abrüstung zu beschleunigen". Wenn Worte in Verträgen einen Sinn haben, dann kann dies alles nur einseitig verstanden werden: Nachdem Deutschland die Voraussetzung erfüllt hat, muß die vertraglich festgelegte Folge, nämlich die allgemeine Abrüstung, eintritt. Und es steht nicht neben diesen Vertragsbestimmungen der Artikel 8 des Völkerverbundes, der die Bundesamtlicher in ständiger Form auf die Abrüstung festsetzt? Das alles ist so klar, daß es nicht einmal nötig sein sollte, auch noch darauf hinzuweisen, daß sich die amtlichen Vertreter Frankreichs in Genuß stets offen zu dieser Rechtsgrundlage bekant und nicht nur die moralische, sondern auch die rechtliche Verpflichtung Frankreichs und der übrigen Staaten zur Abrüstung anerkannt haben. Ich kann mir nicht denken, daß der französische Ministerpräsident jetzt, wo das Abrüstungsproblem zur endgültigen Entscheidung drängt, eine Umkehr durchgehen will, die die Basis aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre brüchig würde. Es handelt sich hierbei ja nicht allein um rechtmäßige Forderungen Deutschlands, sondern um eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerverbundes, dessen Zukunft, ja dessen Bestand gefährdet würde, wenn er sich nicht infolge erweisen sollte, das Abrüstungsproblem zu lösen. Nicht nur für uns, für alle Welt ist die Lösung der Abrüstungsfrage der Prüfstein des Völkerverbundes. Deutschlands Anspruch auf Abrüstung aller Staaten, dieser wesentliche Faktor aller Friedenssicherungen, ist stets ein Angelpunkt der Genfer Verhandlungen gewesen. Ich kann an ein einschneidendes Defizient unserer deutschen Außenpolitik nicht glauben. Nicht einmal in der Zeit absolutster militärischer Gewalt, als Frankreich und seine Verbündeten den Versailles Vertrag diktieren konnten, hat die Militär der Sieger gefordert, daß die einseitige Entwaffnung Deutschlands dauernd eine einseitige Auflage bleiben sollte. Heute, zwölf Jahre nach Friedensschluß erhoben, würden solche Forderungen unabsehbare Folgen haben: Sie würden den Bestand des Völkerverbundes und aller anderen

Friedenssicherungen auf das schwerste gefährden, da diese alle auf Gleichberechtigung der Völker und Vertragstreue beruhen.

Nicht weniger angegriffen scheinen mir die übrigen Argumente zu sein, mit denen Herr Caebien den französischen Standpunkt verteidigt, nämlich, daß es nicht nur in Deutschland auf harte Steps führt, wenn er nachzusehen versucht, daß Frankreich seit dem Weltkrieg sehr wesentliche Verminderungen seiner Gesamtstärke vorgenommen habe. Ich möchte aber auf die von ihm angeführten technischen Einzelheiten, insbesondere auf den Vergleich der französischen Effektivstärken mit den Effektivstärken anderer Länder, meinerseits nicht eingehen. Vielleicht wird der Reichswehrminister demnächst einmal Gelegenheit nehmen, auf Grund seiner militärischen Sachkenntnis diese Dinge in das richtige Licht zu stellen. Dagegen liegt mir daran, noch ein Wort dazu zu sagen, daß die militärischen Fertigkeiten der französischen Streitkräfte gegenüber auch Einwendungen gegen die deutschen Entwaffnungsmaßnahmen erhoben hat. Er hat von der Polizei, von der Ordnung der Militärtransporte und von den alten Kasernen gesprochen. Da möchte ich doch zunächst einmal die Frage aufwerfen, ob das denn wirklich Dinge sind, die nach den ungeheuren, von keiner Seite zu bestreitenden Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Entwaffnung überhaupt erwähnt werden dürfen, wenn man den Nützlichkeitsstand der einzelnen Länder fernschmeißt. Sodann kann ich aber feststellen, daß selbst in diesen Punkten längst Einverständigungen mit der Vorkriegskonferenz vorliegen, die von uns ordnungsmäßig zu den verarbeiteten Termen durchgeführt werden. Auf einen physikalischen bedingten Zeitraum der Entwaffnung ist nicht zu sprechen. Wenn Herr Caebien gerade in den Reichswehrminister die wortwörtliche Frage richtet, warum er denn so viele von den Siegesfrüchten der alten deutschen Armee bekommen sollte, so geht die Anfrage an die falsche Adresse. Es ist gar nicht der Reichswehrminister, sondern der Reichsfinanzminister, der sich — mit Recht — um die Erhaltung einer Anzahl von Kasernen, Baracken, Lagerstätten, Lagergruppen und dergleichen bemüht, einfach aus dem Grunde, um eine sinnvolle Fortführung wirtschaftlicher Werte zu vermeiden, wie wir sie ja leider nur zu oft über uns haben ergehen lassen müssen. Ich vermag nicht einzusehen, warum Bauten, die einer ganzen Periode dienlich sind, abgerissen werden sollen, weil sie über einmal militärisch verwendet wurden. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, festzustellen, daß wir uns in dieser Frage der militärischen Siegesfrüchten gegen eine Vernichtung von Gebäuden haben wehren müssen, die dem Reich und den Ländern ein nutzloses Opfer von hundert Millionen Mark und mehr gekostet haben würde. Aber genug davon. Ich bin der Ansicht, daß man mit solchen Argumenten dem Ernst des Abrüstungsproblems nicht gerecht wird, und daß diese Argumente uns nicht zurechnen können, die gerade jetzt in einer so bedeutsamen Politik aufzugeben. Wir werden den internationalen Prozeß von dem Genfer Forum unbeirrt zum Abschluß führen. Die Arbeiten der jetzt in Genuß tagenden Kommission, die unserer begründeten Ansprüchen in keiner Weise Rechnung getragen haben, verdienen nichts anderes als ein schnelles Ende. Wir fordern die baldige Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz selbst, außer jedes Land aber seine wahren Absichten wird gerade bekennen müssen, und auch über die endgültige Entscheidung darüber fallen wird, ob man Deutschlands Anspruch auf eine Abrüstung, die gleiche Sicherheit für alle bringt, anerkennen will oder nicht. Wenn der französische Außenminister für Frankreich ein Naturrecht in Anspruch nimmt, die Landesgrenzen zu sichern, zum Schutze gegen jeden Angriff alle erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, so muß das entworfen und von waffenbesitzenden Völkern ausgehende Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Hier kann nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

Die Reichsregierung hat in zahlreichen Kundgebungen ihre feste Entschlossenheit bekundet, allen radikalen Bestrebungen, allen abenteuerlichen Plänen in der Außenpolitik mit ruhiger Beharrlichkeit entgegenzutreten. Sie hat daher das Recht, zu erwarten, daß das Ausland für unsere Lage mehr Verständnis zeigt, als das vielfach bisher der Fall ist. Der Herr Reichskanzler hat sich in jenem schon erwähnten Interview mit großer Offenheit und Klarheit über unsere Beziehungen zu Frankreich ausgeprochen und dabei betont, daß unsere letzte innere Entwicklung in Frankreich eine Beurteilung und Wertung gefunden hat, die sich nur aus einem völligen Mißverstehen der eigentlichen Ursachen und Zusammenhänge erklären läßt. Ich muß bemerken, daß die letzten Debatten der französischen Kammer, vorgelesen, die von mir demnächst beantragt werden, daß diese Debatten in weitgehendem Maße von dem gleichen Mißverstehen beeinflusst worden sind. Wenn ich anerkenne, daß die verantwortlichen französischen Staatsmänner sich bemüht haben, den alarmierenden Meinungsäußerungen ihres

Kandes und ihres Parlamentes über die Entwicklung in Deutschland und über die dem deutschen Volk zugesprochenen Absichten und Pläne entgegenzuwirken. Aber zu den konkreteren Fragen der Politik haben doch auch sie eine Stellung eingenommen, die den Dingen nicht gerecht wird. Das gilt, wie gesagt, zunächst von dem französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Aber auch in den anderen großen Fragen, die uns in Deutschland bewegen, müssen wir in vielen einschlägigen Punkten des Tagesverlaufs vermissen, das was für die Fortsetzung der Zusammenarbeit, wie wir sie wünschen, erforderlich erscheint.

Der französische Außenminister hat von guten und schlechten Teilen des Versailler Vertrages gesprochen. Daß es schlechte Teile dieses Vertrages gibt, Teile, die nicht auf die Dauer das Geseh Europas bleiben können, wenn unser Kontinent in Ruhe und Sicherheit leben will, das ist nicht nur die Überzeugung des ganzen deutschen Volkes, sondern ist eine unumstößliche Wahrheit. Ich will heute nicht von den Missionspunkten und von der Verletzung unseres Gerechtigkeitsempfindes sprechen. Gewiß ist die Geheiß des französischen Ministerpräsidenten richtig, daß der Versailler Vertrag die ungeheuren Verluste des Krieges nicht verursacht hat. Der Vertrag hat aber ganz gewiß schlechte Mittel gewählt, um sie zu beseitigen. Er hat dadurch die Kriegsschäden erhöht und ihre Nachwirkungen verlängert. Vorhandene Gegenstände hat er verteuert, die Unruhe in ganz Europa ruhmlos gemacht. Dieser Erkenntnis hat die amtliche deutsche Politik immer wieder Ausdruck gegeben. Es ist nicht richtig, die Dinge so darzustellen, als ob nun plötzlich und unerwartet in Deutschland irgendwelches innerpolitischen Grund eine Revisionskampagne entfacht würde, die einen Umschwung der ganzen bisherigen Politik bedeute. Der Gegensatz der Grundauffassungen ist seit langem offenbar, der Widerspruch zwischen allen fortschrittlichen Kräften und der Politik des harten Status quo. Seit mehr als 11 Jahren weisen wir auf die Gefahren der Geschichte hin. Ich erinnere an die Erklärungen der deutschen Friedensdelegation in Versailles, an die Warnung der deutschen Denkschrift von 1923: die Entwicklung steht nicht still. Ich darf auch jenen wichtigen Punkt der Kokoro-Debatten in die Erinnerung zurückrufen, bei dem es sich um die Differenzierung unseres Haltens gegenüber unseren westlichen und östlichen Grenzstaaten handelte. Soll ich an die vielen öffentlichen Erklärungen Stresemanns und anderer deutscher Minister erinnern, die von demselben Gedanken getragen waren? Ist es nicht seit langem für die ganze Welt eine notorische Tatsache, daß das deutsche Volk es nicht für möglich hält, sich mit dem gegenwärtigen Stande der Dinge, insbesondere im Osten, einfach abzufinden?

Der Ministerpräsident Carleu greift jetzt, wenn er meint, daß der Revisiongedanke von Deutschland leichtfertig angenommen worden ist, er meint, daß darüber hinaus meiner Ansicht überzeugung nach als Staatsmann einen Fehler schenke, wenn er die Ansicht vertritt, schon das Aufwerfen gewisser Fragen sei gleichbedeutend mit Krieg. Wäre das richtig, dann wäre —

das muß mit allem Ernst ausgesprochen werden — jede Hoffnung auf eine gezielte Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern Europas verloren! Wir lassen uns nicht von romantischen Träumereien bewegen und jagen nicht imperialistischen Plänen nach. Was wir erstreben, wird uns diktiert von den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, Lebensnotwendigkeiten, die mit denen eines anderen Volkes unvereinbar sind. Einen anderen Weg als den der freibleibenden Verhandlungen geben wir nicht in Betracht, das befestigt ich dem französischen Außenminister ohne Vorbehalt. Wir, gerade wir bedürfen des Friedens. Wir sind von der Notwendigkeit seiner Erhaltung durchdrungen. Im Zeitalter internationaler Zusammenarbeit muß sich ein friedliebender Weg zur Anpassung und zum Ausgleich der Lebensverordnungen der Völker finden. Die Verunft wird sich durchsetzen.

Zur ersten Folge ich dem französischen Ministerpräsidenten auf das Gebiet juristischer Interpretationen, das er mit seinen Ausführungen über den Artikel 19 betreten hat. Wie dieser Artikel in den verschiedenen Stadien seiner Entstehung gelaufen haben mag, ist ohne Belang. Er gilt so, wie er im Völkerbundsstatut steht, und wie ihn das schon erwähnte Ultimatum der Siegermächte vom 1919 selbst charakterisiert hat, nämlich als Einleitung einer Prozedur, um die Regelung von 1919 fortsetzend der Veränderung der Verhältnisse anzupassen. Wenn Herr Carleu von der Notwendigkeit der Einstimmigkeit bei einer etwaigen Anwendung des Artikels 19 gesprochen hat, so beteuerte ich das nicht nur in rechtlicher Beziehung, sondern ich beteuere vor allem, daß er den Anschein erweckt, als wolle er, wie die Dinge künftig im gegebenen Falle auch liegen mögen, im voraus das veto Frankreichs anführen. Auf den Artikel 19 des Völkerbundsstatuts ist nicht einmal in erster Linie an. Ebenso auch nicht auf andere mögliche Prozeduren, die in der internationalen Rechtsordnung vorgeesehen sind. Entscheidend ist allein die Einsicht und der Wille der Regierungen. Selbst wenn der Artikel 19 oder andere Prozeduren gar nicht beständen, bleibt es dabei, daß nicht starke Verträge, sondern das Leben der Völker die Zukunft bestimmen müssen. Es ist daher Aufgabe der Staatskunst, geeignete Gegenstände rechtzeitig auszuwählen und Raum für alle Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Ich habe in meinen Ausführungen mich offen und freimütig über die aktuellen Fragen unserer Außenpolitik ausgesprochen und dabei zugleich wie der französische Ministerpräsident, auch für mich das Recht des modernen Staatsmannes in Anspruch genommen, nicht nur zu den Bürgern des eigenen Volkes, sondern auch von Volk zu Volk zu sprechen. In diesem Sinne habe ich mit meinen Darlegungen vor allem auch um Verständnis für den deutschen Standpunkt werden wollen. Lassen Sie mich zum Schluß der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Mitglieder des Reichsrats mit meinen grundsätzlichen Ausführungen zur Außenpolitik zustimmen und daß die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter die Außenpolitik der Reichsregierung tritt. Ich hoffe aber auch, daß der Ernst der Lage und die Notwendigkeit erkannt wird, die Außenpolitik nicht nur mit lebensgeschäftlichen nationalen Werten, sondern auch mit Feindseligkeit und Besonnenheit zu führen.

## Wie Deutschland die Revisionsfrage sieht.

(Vergleiche den Aufsatz „Die Revisionsfrage“ in Heft 22 des „Heimatsdienst“.)

Wenn im allgemeinen das Ausland wenig oder kein Verständnis hat, daß die Reparationsfrage schon im jetzigen Zeitpunkt wieder aufgegriffen wird, so sieht das Problem von deutschen Standpunkt aus ganz anders aus. Die Weltwirtschaftskrise hat die Erkenntnis über die wahre Lage Deutschlands über Nacht zum Allgemeinut des deutschen Volkes gemacht. Deutschland hat seine Kapitalreserven durch Krieg und Inflation vollständig eingebüßt. Die Neubildung von Kapital ist und infolge sie mit dem Hauptpunkt der Stabilisierungsangabe verknüpft, wenig beständig, aber doch aus unzureichend. Wenn die deutschen Spielanlagen zu Zeit bereits wieder in Milliarden RM. erreicht haben, so macht dies gegenüber der Vorkriegszeit unter Berücksichtigung der Geldentwertung nicht viel mehr als die Hälfte des früher vorhandenen aus, von dem Besitzt ganz zu schweigen, das sich aus der Berücksichtigung des inzwischen eingetretenen normalen Wachstumsbedarfs der deutschen Wirtschaft ergeben würde. Die Auffüllung des Kapitalhaums wurde vor allem durch den Abzug der Reparationssummen verhindert. Sie erfolgte aber vorübergehend durch den gewaltigen Zuflut von Auslandsgeld, herüber aus lang- und kurzfristigen Anleihen, und aus rüchlehenem Staatskapital. Würde dieser Kapitalzufluß auch im allgemeinen produktiv angestrebt, so beständen doch seine mittelbaren Auswirkungen in einer Ausplünderung des inneren Wirtschafts- und Produktionsapparates, der infolge dauernden Umstellungszwanges seine innere Festigung erlangen konnte, verbunden mit dem Zubau eines

dem Grad der Produktionsförmigung angepaßten Preis-, Lohn- und Sozialniveaus, das zwar für sich erstrebenswert ist, aber bei der unfindigen Lage Deutschlands seinem Dauerwert beseitigen konnte, sondern die Ursache gewaltiger Mißstände sein mußte. Hierzu kam — angefügt der Kapitalarmut der Privatwirtschaft — ein großzügiger Ausbau der öffentlichen Wirtschaft, die zur Zeit mehr als 50 % des Volkseinkommens kontrolliert, was dazu führte, daß die Konjunktursensibilität der öffentlichen für den Beschäftigungsgrad der Allgemeinheit so heftig am gemessenen Einkommen bedenklich geknüpft ist. Der Zusammenbruch des internationalen Preisgebühdes hat zwar für die deutsche Handelsbilanz zunächst gelindere Folgen als für die Bilanzen des Auslandes gehabt, da wir mehr auf die Einfuhr der hauptsächlich betroffenen Rohstoffe als auf die von fertigwaren angewiesen sind, aber der Druck, den Reparationen in Zeiten chronischer Kapitalarmut nun einmal ausüben, wurde im ganzen erheblich vergrößert, weil wir praktisch in Gold zahlen müssen, die Waren aber, die wir hierzu liefern, im Werte doch ganz erheblich gesunken sind. Ferner hat der riesige Kapitalzufluß — von den die Unfindigkeit nur vermehrenden kurzfristigen Krediten abgesehen — nicht nur erheblich nachgelassen; bei der ersten Krisenphase begann auch das Vertrauen in die Stabilität der deutschen Verhältnisse zu sinken und zugleich das heimische Kapital zu flüchten. Wenn auch die deutsche Ausgabe sich etwas besser als z. B. die englische Ausgabe gehalten hat, so ist doch die

Einfuhr beträchtlich gesunken, und der so in die Ersehung tretende Aufschub ist, wie schon im Jahre 1926, alles andere als ein Zeichen deutlichen Wohlstandes. Die Folge aller dieser Erscheinungen ist eine ungeahnte und vorausichtlich andauernde Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden Wirkungen auf die psychische Verfassung unseres bedrängten Volkes und auf die gesamte Finanzlage und Kapitalmarktlage Deutschlands. Der Schrei: Erst Brot, dann Reparationen! formt sich unter diesen Umständen wieder von selbst. Ein wichtiges Mittel der Außenpolitik zur Besserung unserer Lage, der Rückhalt an einer überaus wichtigen öffentlichen Meinung, hat die Not schon verwirklicht. Welche Wege führen nun aber im übrigen zum Ziel?

Der nächstliegende wäre die Erklärung eines Moratoriums. Wir haben uns seinen äußeren Aufbau das vorige Mal hingemacht. Zu prüfen bleiben noch seine praktischen Auswirkungen und seine Voraussetzungen. Die Erklärung des Moratoriums liegt in unserem freien Ermessen. Daran ist im Haag nichts geändert worden. Wenn wir erklärt haben, nun dann zum Moratorium schreiten zu wollen, wenn Währung und Wirtschaft Deutschlands durch den Transfer der geschätzten Reparationszahlungen ernstlich gefährdet werden können, so kann dies nicht zur (Schiedsgerichtlichen) Aufhebung der Moratoriumserklärung selbst führen. Trotzdem werden wir einen solchen Schritt nur unternehmen können, wenn die genannten Gefährdungen objektiv gegeben sind. Denn andernfalls wird der Beratende Sonderausschuß ein ungünstiges Votum abgeben und Maßnahmen hinsichtlich der Anwendung des Planes vorschlagen, die dem eigentlichen Zweck der Moratoriumserklärung zuwiderlaufen und eine Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse mit sich bringen könnten. Überhaupt sind die Voraussetzungen eines Moratoriums eine rechtspolitische Aktion Deutschlands angemessen und mit allen verfügbaren politischen Gegenmaßnahmen, vor allem Kreditentziehungen größten Stiles, beantwortet werden.

Eine Gefährdung der Wirtschaft durch den Transfer könnte man vielleicht heute schon als gegeben ansehen. Der Nachweis der Währungsgefährdung ist schwieriger. Transfer ist die gegenwertlose Übertragung von Geld und Gütern über die Grenze. Unsere ohnehin stark gefährdete Wirtschaft wird durch den hierdurch entstehenden Druck auf das Kapital- und Devisenmarkt ernstlich gefährdet. Auch die Sachleistungen leisten eine Gefährdung dar. Die weiterbreitete Meinung, Sachleistungen schonten unsere Devisenbilanz, ist deswegen irrig, weil die Sachleistungen heute leider keine zufällige Ausfuhr bedeuten, sondern fast vollständig unserer normalen Ausfuhr entnommen sind, deren Gegenwert in Devisen wir einbüßen. Infolgedessen ist auch die Konstitution des Devisenplans, wonach im Falle eines Moratoriums der Transfer sowohl der Barzahlungen wie der Sachleistungen unterbleibt, richtig. Währung und Wirtschaft sind aber letzten Endes baselose. Man kann die Währung nicht mehr als ungeschädigt ansehen, wenn die gesamte Wirtschaft wankt. Dem Einwand, daß durch Anerkennung der Währungsgefahr unsere Wirtschaft und Währung selbst in Gefahr bringen, müssen wir in Kauf nehmen, wenn Größeres auf dem Spiele steht. Schließlich ist die Beurteilung der Gefährdung, die nicht immer eine momentane zu sein braucht, eine Frage des Grades; sie erfordert zweifellos die sorgfältigste Abwägung aller ersichtbaren Faktoren. Will man die Devisenlage allein für entscheidend halten, so muß man sich erinnern, daß durch die Moratoriumserklärung eine unmittelbare Erleichterung eintritt, da der Transfer erst 90 Tage nach der Erklärung eingestellt wird. Dies würde beweisen, daß die ganze Idee eines *Plan de paiement* moratoriums, eine Erfindung des Devisenplans, widerfremd ist. Der Transfer ist an sich kein isoliertes Problem, sondern hängt mit der Wirtschaft im allgemeinen ebenso eng zusammen wie mit der Aufbringung der Reparationszahlungen im besonderen. Für die Entscheidung ist wichtig, daß unsere *liberzeugung* genügt, daß die Währung gefährdet werden kann. Sind unsere Befürchtungen dann objektiv begründet, so wird sich auch ein entsprechendes Delicto einfinden, das die ungünstigen Wirkungen politischer Gegenaktionen aufhebt.

Welche Maßnahmen soll nun im Falle eines Moratoriums der Beratende Sonderausschuß vorschlagen? Hier entsteht sofort die gesamte Problematik des Reparationsproblems selbst. Geht es nach der Auffassung unserer Gläubiger, also z. B. des verflochtenen Reparationsagenten, so ist die Durchführung der Reparationszahlungen nur davon abhängig, daß die Finanzen Deutschlands in Ordnung gebracht werden. Mit dieser Einstellung, so falsch sie ist, müssen wir rechnen. Die zwingende Folge, die sich aus dieser Einstellung ergibt, ist die Erfahrung, daß die letzten Reparationsverhandlungen ergibt, ist, daß wir zunächst einmal unsere Finanzen selbst so weit in Ordnung bringen müssen, daß wir eine gewisse innere Festigkeit erlangen. Daß wir dabei keine Zeit verlieren dürfen, besteht nicht nur selbst. Wenn man demgegenüber einwenden wollte, daß die Finanzsanierung ja die Anwendung der Schuldfreiheit des Devisenplans unmöglich mache, so trübe das nicht den Kern. Einerseits bedürfte es dazu eines Erfolges der Sanierung; bei seinem Ausbleiben blieben wir aktionsfähig. Andererseits liegen im Falle durchgreifender Besserung der Wirtschaft und Währung nach erfolgreicher Sanierung die oben genannten objektiven Voraussetzungen der Schuldfreiheit nicht vor; denn verbietet sich ein solcher Schritt. Das Moratorium kann nur im äußersten Notfalland überdauernder Depression Selbsthilfe sein. Seine praktischen Erleichterungen sind gering, können aber, zumal wenn das Ausland sich vernünftig verhält und die V. J. S. Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten tritt, vorübergehend zu unseren Gunsten ausschlagen. Auf längere Dauer ist ein Moratorium, für sich betrachtet, deshalb gefährlich, weil das Damoclesschwert ungebürer Zugoblungen über uns hängt. Diese Tatsache führt zwangsläufig zur Diskussion über die praktische Durchführbarkeit des Devisenplans überhaupt, wenn es fragwürdig gelungen ist, die ungünstigen Bedingungen, die zum Moratorium führten, zu beseitigen, worauf naturgemäß die Anforderungen unserer Gläubiger und der V. J. S. in erster Linie gerichtet sein sollten. Sie bringt uns aber leicht in dieselbe Lage, die uns im Falle der Pariser Sachverständigenverhandlungen nötigte, dem Druck härterer Forderungen zu weichen.

Unter diesen Umständen wird man sich stets ernstlich fragen müssen, was überhaupt der Zweck eines Moratoriums sein soll. Sind die Voraussetzungen einer Aufrollung der gesamten Reparationsregelung gegeben, was von der Festigkeit und der voraussetzlichen Dauer der Weltwirtschaftsdepression und der besonderen Lage Deutschlands in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht abhängt, so kann ein Moratorium ein notwendiges, weil drastisches Hilfsmittel zur Unterfütterung eines deutschen Revisionsantrages sein; dies ist aber nicht unbedingt notwendig, wenn nämlich die allgemeine Lage auch ein Dagehen ohne diese drastische Geße rechtfertigt. Die Meinung der Welt kann sich rasch ändern; was heute nicht für möglich gehalten wird, kann morgen — im Zeichen der gemeinsamen Not — bereits durchführbar sein. — Um die Weltmeinung aufzuklären, bedarf es allerdings klarer Ziele und offener Sprache. Die Erfüllung des Devisenplans feet objektiv umplanellen der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage voraus, die wir im Begriffe sind durchzuführen. Der Erfolg dieser Umplanellen aber wird nicht zum geringsten dadurch bedingt, wie die Gläubigerländer sich ihrerseits in ihren Beziehungen zu Deutschland verhalten, um ihm die Abtragung seiner Verpfichtungen zu erleichtern und dieser ihrer Pflicht nach dem Devisenplan nachzukommen. Unser im Zeichen der eingegangenen Verpfichtungen geführter Kampf ist ein durchaus legaler, er kann aber zu Unfällen für die Empfangsländer führen. Bessere ist die allgemeine Weltwirtschaftslage und die Fähigkeit Deutschlands zur Abtragung der Reparationen nicht, so wird die Erkenntnis, daß endlich etwas zur Erleichterung unserer Lage geschehen muß, sich auch im Ausland Bahn brechen. Deutschland wird sich nicht nur mit platonischen Hinweisen auf die Zusammenarbeitspflicht der Gläubigerländer begnügen können. Darauf, daß sich unser Schicksal bessert, indem die Welt allmählich von selbst zur Einsicht kommt, können wir allerdings nicht länger warten. Deutschland muß sein Gesicht lieber tatkräftig in die Hand nehmen. „In deiner Drang liegt beimes Schicksals Stern!“

## Frankreich und Italien.

Die Entfaltung der französisch-italienischen Beziehungen hat in den letzten Jahren mehr als einmal die politische Weltöffentlichkeit beschäftigt und nicht selten zu Reformvorschlägen Anlaß gegeben. Denn es schon während des Krieges und erst recht während der Friedensverhandlungen zwischen den Ententegegnossen öfter zu scharfen Auseinandersetzungen kam, die sich z. B. anlässlich des Ruhrkampfes auch in der Nachkriegszeit zwischen England und Frankreich fortsetzten, so kann man heute sagen, daß die Spannung, um nicht zu sagen Feindseligkeit, zwischen Frankreich und Italien

allmählich chronisch geworden ist, und daß der diesjährige Einbruch befehle, die geht zu den stabilen Elementen der politischen Lage Europas. Es verlohnt sich deshalb, die Gründe zu erörtern und die Zusammenhänge aufzuklären, aus denen das Verhältnis der lateinischen Schwelmer sich ergibt.

Die gegenseitigen Positionen lassen sich etwa folgenbermaßen abgrenzen. Frankreich hat außer Eliaß-Koehringen, einem Teil der deutschen Kolonien und Syrien die Entwaffnung und Werbelosmachung Deutschlands und die größere Hälfte der Reparations-

zahlungen als Erfolg des Krieges nach Hause bringen können. Es hat fernar, ganz in der Linie feiner Tradition feil Franz I., Nibelun und König X. vorziehen, ein großes europäifches Sündnistreben gegen die Mitte Europas aufzuheben. Schließlich ift es die einigste der Siegesnationen außer den Vereinigten Staaten, die zu dem militäriſch-politiſchen Erfolg des Krieges den finanziellen und wirtſchaftlichen Kingunäften vernocht hat. Es ſchwimmt im Gelde. Seine Staatsfinanzen ſehen glänzend, fein Goldvorrat beträgt etwa 9 Milliarden Mark, und die internationale Wirtſchaftskriſe, die die ganze Welt heimsucht, ift in Frankreich noch kaum zu fühlen. Gemaltige Rüttlungen auf allen Gebieten ergänzen das Bild einer europäifchen Gegenweltstellung, wie fie ſelbſt in der fo argenommenen franzöſiſchen Geſchichte nur ſelten und kurz vorgehanden war. Kein Wunder, daß die franzöſiſchen Wünſche in dem Streben nach Erhaltung und weiterer Sicherung dieſer Stellung gipfeln. Ganz anders Italien. Oben großen Kandelgimm aus dem Kriege herausgekommen, ohne großen Anteil an den Reparationen, ohne namhafte Kolonien, mit unſicherer wirtſchaftlicher Baſis und nicht fehr ſtarken Staatsfinanzen; aber unter der Leitung des ſachſinnigen und geſteiften nationalen Selbſtbehauptungs bereit und willens, ſich den Platz an der Sonne zu erobern und die der nachſehen Weltgeſiſt und alten Kulturtradition entſprechende Weltgeltung zu fördern.

Frankreich ift in allem das glückliche Befidehende, Italien unzufrieden mit feiner Situation, fordernd, heifend. Und nun das Eigentümliche: Was Italien fordernd und will, worauf es Anſpruch machen zu können glaubt, liegt innerhalb der franzöſiſchen Grenzen, ift Teil franzöſiſcher Machtpoſition. Die Gegenſätze alfo ziemlich natürlich.

Im einzelnen: Korſika, noch heute italieniſch und in Zeiten nationaler Not von Frankreich weggenommen, liegt wie ein Niegel vor dem Tyrrheniſchen Meer, im Konfliktſtadium bedrohlich. Sagen, das alte Stammland der Dynaſtie, mußte 1860 als Preis für die Unterwerfung Frankreichs gegen Öſterreich bezahlt werden. Die Grenze liegt weit jenseits des Kammer der Alpen, alfo franzöſiſche Defenſive und Offenſive erlöſchende, italieniſche unmöglich machend oder erſchwerend. Im Süden Italiens ſteht das mit Frankreich verbundene Jugoslawien, das Italiens Herrſchaft in der Adria mit von Frankreich gelieferter Unterſeebothen bedroht, und mit dem der jahrhundertlange Kampf Donebais um die jenseitige Miſſe des Maro nostro weitergeht, verſchärft durch die Gegenſätzlichkeit zweier jung und aufſtrebender Völkerrindividuen. In Afrika weitere franzöſiſch-italienische Gegenſätze. Wie in Sprache und Kultur die beiden lateiniſchen Schweftern ſich das Erbe Roms ſtreitig machen und in ſteigendem Maße um kulturpolitiſche Poſitionen rings an den Miſſen des Mittelmeers und den Ländern des Balkans ringen, ſo beſtreben ſich beide als Erbinnen Roms in der Beherrſchung des Mittelmeers und feiner ſüdlichen Miſſen. Bezüglich hat Frankreich an römische Traditionen in Nordafrika angeknüpft und ebenſo Italien. Frankreich, früher geeint und früher impanſe, ſich auf dem Weg nach imperialiſtiſchen Zielen zu begeben, konnte dieſes Jahr die ſeiner der hundertjährigen Befetzung Algiers feſtlich begehen, war 1881 Italien in der Befetzung von Tunis zuvorgekommen und fand ſich nur in den Abmachungen von 1900 und 1902 dazu bereit, Italien in Tripolis freie Hand zu laſſen. Der Weltkrieg bot Italien eine Chance. Im Londoner Vertrag vom 26. April 1919, der Italiens Anteil an der Beute feſtlegen ſollte, bevor es zum Kampf antrat, wurden ihm Entſcheidungen in Afrika zugeteilt, wenn die Kampfgewinne ihren eigenen Kolonialbeſitz erweiterten. Nur wenig ift von dieſen Verſprechen ſpäter erfüllt worden. Kleine Grenzregulierungen in Libyen, die Cyrenaika, ein Stück Somaliland waren alles, was Italien erhielt. Dazu waren und bleiben die Maſſen italieniſcher Bevölkerung in Tunis, für Italien das Unterpfand eventueller ſpäterer Herrſchaftsansprüche, der Gefahr der allmählichen Entnationaliſierung ausgeſetzt. Frankreich, ſoll neuer kolonialpolitiſcher Impuls erſtellt von der Idee des „Reichs mit 100 Millionen Einwohnern“ beſteht taſächlich das zwingende Kolonialrecht der Welt, das geographiſch fehr günstig gelegen und voller wirtſchaftlicher Möglichkeiten, als Soldatenreſerve für das menſchenarme Mutterland nach großzügigem Plan organiſiert werden ſoll. Vorbedingung dazu ift die ungeſtörte Verbindung zur See, die kürzeſte durchs Mittelmeer, an beſſen beiden Enden ſich franzöſiſche Departements ausdehnen. Der Weltkrieg, der den Augenfarbigen Hiſttruppen allen Franzosen vor Augen führte, hat die

Kolonialpolitik populär gemacht und den politiſchen führen, die die gegenſeitige Sicherung von Mutterland und Kolonien über alles ſtellen, die Großgloſt der Nation geſichert; die Großgloſt, auch wenn fie große finanzielle Opfer erfordern, weil eine große, koſtspielige flottenpolitik Vorbedingung ift. Hier nun entwidelt ſich neue franzöſiſch-italienische Gegenſätze. Das franzöſiſche „Reich der 100 Millionen“ verlangt die Seeherrſchaft im Mittelmeer, d. h. ſtarke Überlegenheit gegenüber jeder der anderen Mittelmeermächte, außer England natürlich; Italien, auf ſeiner halbinſel in ſo vieler Hinſicht demſelben Meer verbunden und ausgeſetzt, muß, wenn es Großmachtspolitik treiben und gar um Afrika mit Frankreich ringen will, mindeſtens Parität mit dem ſtärkſten Meerſtaat, alſo mit Frankreich, fordern.

Somit ſind die gegenſeitigen Stellungen gekennzeichnet. Frankreich im Beſitz aller Poſitionen, aber unbet und ſaturiert in verſchiedener Hinſicht, Italien überall in der unglücklichen Poſition, in der Situation des Zuſpätgekommenen, des Benachteiligten, Schwächeren. Dazu erfüllt von hochſteigendem nationalen Ektos. Man verſieht den Ton des fordernden, Geiztätigen, der Unzufriedenheit dieſes ſchnell wachſenden in feinem dazu von der Natur ſiehmäßig bedachten Lebensraum eingegengenen Volkes. Man verſieht andererseits Frankreich, das im Beſitz ſo überlegener und günſtiger Poſitionen nicht daran denkt. Wichtiges, ſpätliches, ſpätliches und anſpruchslos gewordenen lateiniſchen Schwefter aufzugeben.

Sind die aufgezeigten Gegenſätze und Spannungen auch auf einem geopolitiſch von Deutschland abgewandten Raum wirſam, ſo bleiben ſie doch nicht ohne Einfluß auf uns, und zwar in fehr verſchiedener Hinſicht: Da wir mit Italien die einigste Großmacht ſind, die gemeinſame Grenzen mit Frankreich hat, ift es natürlich nicht gleichgültig für uns, wenn an der franzöſiſch-italienischen Grenze ſtarke Spannungen auftreten: wie werden davon irgendwelche koſtenlos. Die franzöſiſch-italienische Weltkrife wirkt ſeiner ſtar in die Sphäre der internationalen Abriſtungsbedingungen hinein, ob ſie innerhalb oder außerhalb des Völkerbundes vor ſich gehen. Auf der Londoner flottenkonferenz trat die Unmöglichkeit der Einigung über Italiens flottenparitätsforderung in feſtſie nicht daran denkt. Wichtiges, ſpätliches, ſpätliches und anſpruchslos gewordenen lateiniſchen Schwefter aufzugeben. Vertrag zu ſünden, ähnlich dem von Washington 1921, verbündet mit dem Dreierabkommen zwischen Amerika, England und Japan den Charakter des Bedingten aufgewunden. Trotz verſchiedener Vermittlungsverſuche von anallischer und amerikaniſcher Seite gelang es nicht, Nützung bei einem ſpäteren internationalen Abriſtungsabkommen eine eingehende formal zu finden, und auf der zur Zeit tagenden Sitzung der vorbereitenden Abriſtungskommiſſion trat der Gegenſatz von neuem grell hervor. Er hat ſogar eine Änderung in der Haltung Italiens zu grundlegenden Fragen der Abriſtungsverhandlungen zuwege gebracht, die für Deutschland von erheblicher Bedeutung ift. Seit Jahren führen wir in Gem mit ihnen zähen Kampf um die Frage, welche Elemente der Nützung bei einem ſpäteren internationalen Abriſtungsabkommen in der Beſchränkung unterworfen ſein ſollen: natürlich alſo jung, in denen wir durch den Verfall der Vertrag beſchränkt ſind, denn unſere Abriſtung ift ja vertraglich nur die Einleitung zur internationalen. Frankreich will aber gerade zwei der entſcheidenden Elemente der Nützung, die ausgebildeten Reſerven und das Reſervematerial, die uns beide verſagt ſind, von der Beſchränkung ausnehmen, und Italien ift ihm darin immer wieder zur Seite getreten. Diesmal hat es hiñfichtlich des Reſervematerials und ſbrigens auch in anderen Fragen den deutſchen Standpunkt eingenommen und verſchiedentlich mit Deutschland und Rußland gefimmt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Italien hat unter der Weltkriegsſtrafe freife lebend, mit ſiebzehnten Arbeitsloſen und ſchwachen Finanzen, kann dem Nützungswettlauf mit dem reichen Frankreich auf die Dauer nicht aushalten. Es wird daher dem Gedanken der Nützungsbefchränkung geneigter, weil es bei feiner Verwirklichung eine Einſchränkung der franzöſiſchen Überlegenheit erhoffen kann. Sein Stellungswechſel bedeutet jedoch zugleich eine Stärkung unſerer Situation in der Abriſtungsverhandlungen.

Alſo liegt der Fall in anderer Hinſicht. Daß Frankreich auf ſtrarer Erhaltung der heutigen Beſitz und Machtverteilung in Europa beſteht, wurde ſchon erwähnt, daß Deutschland den gegenſeitigen Standpunkt vertritt, ift natürlich. Seit einigen Jahren ſiedet ſich nun beobachtet, wie Italien immer klarer und entſchloſſener auf die Seite der Reſiſtoniſten trat. Nichts kann beſſer die Gegenſätzlichkeit der franzöſiſchen und italieniſchen Politik bezeugen, als die letzte große Rede Carduſis in der Kammer und



die verschiedenen Aufstellungen Mussolinis und seines Außenministers Grandi zu der Frage der Vorkriegsrevision. Der Gegensatz der Anschauungen zwischen Rom und Paris ist nicht minder eindeutig wie zwischen Paris und Berlin, sowohl im Prinzip wie in der Interpretation des Artikels 19 des Völkervertrages. Hier wie in der Abrüstungsfrage sieht sich Frankreich allmählich mit seinen Bundesgenossen allein, eine politisch recht bedeutame Entwicklung.

Schließlich die Lage am Baltik. Hier hat sich Frankreich durch seine Bündnisse mit der Tschechoslowakei, Südtirolen und Rumänien und durch Gründung der Kleinen Entente die führende Stellung gesichert; Italien, gegen welches sich das ebenrichtete wie gegen Deutschland, das, aller französischer Tradition gemäß dabei ebenso in die Sänge genommen wird wie Deutschland, arbeitet seit langem jah und nicht ohne Erfolg daran, die Position Frankreichs am Baltik zu unterhöhlen. Einige Bezeugungen mit Ungarn, gegen das sich die Kleine Entente in erster Linie richtet, Fürsten-

beiträglichkeit mit Bulgarien, wüßige Beherrschung Albanien, Freundschaft mit Österreich, griechisch-türkische Einigung, so heißen die bisherigen Etappen des von der italienischen Diplomatie zurückgelegten Weges: Es geht gegen die östlichen Bundesgenossen Frankreichs, gegen den Bloß, der nach französischem Willen in Italiens Rücken gekemmt sein soll, gegen den Status quo, den Ungarn und Bulgarien nicht anerkennen wollen noch können.

Was folgt aus all dem für uns? Wir sind nicht allein in unserer Kampf um Befestigung zu 20. B. unvorteilhaft in der Falle des sogenannten Kages. Die Dynamik unseres eigenen Strebens findet anderwärts ähnlich gerichtete Kräfte. Aber hüten wir uns vor Illusionen: Die Vorgeschichte des Krieges zeigt, wie meisterlich Italien jene Politik zu führen verstand, die Bismarck die der Hinterhand nannte. Solche geschichtliche Erkenntnis verhindert natürlich nicht, daß von Fall zu Fall auf dem Schachbrett etwa von Genf gemeinsam der eine oder andere Zug getan wird.

## Landwirtschaft und Preisabbau.

Von Dr. h. e. M. S ch i e l e, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Agarpolitikische Maßnahmen und Preisabbau — beide stehen heute im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Geschehens. Sehr zu Unrecht verfuhr man, die Maßnahmen der Agarpolitik gegen die Preisabbaumaßnahmen der Reichsregierung auszuspielen. Beide haben ein gemeinsames großes Ziel, dessen Zentralpunkt die Stärkung der Kaufkraft und damit die organische Belebung der Wirtschaft ist. Der Preisabbau will verhindern, daß die notwendig gewordene Kürzung der Gehälter und Löhne die führende Schwäche während die deutsche Agarpolitik als vornehmstes Ziel die notwendige Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft hat. Die deutsche Agarpolitik wird und kann daher die Landwirtschaft und ihre Erzeugung im ganzen wie im einzelnen mit Energie weiter schützen und stützen, wie sie trotz aller Versuche der Sabotage auch die Stützung der Getreidemärkte bis zum Erfolge durchhalten will.

Das Gesamtbild der deutschen Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Krise wird im wesentlichen durch zwei Grundtatsachen bestimmt, die auf unsere innerspolitische Lage in den letzten Jahren in besonderer verhängnisvoller Weise eingewirkt haben: die gewaltige Arbeitslosigkeit, die seit Beginn dieses Jahres eine bisher kaum dagewesene Höhe erreicht hat, und die Not der Landwirtschaft, die sich seit Jahren einschleppt und von Jahr zu Jahr festigt. Diese beiden Grundtatsachen stehen in einem ursächlichen Zusammenhang. Sie gehen beide darauf zurück, daß es unserer Volkswirtschaft seit Jahren an derjenigen Ausgeglichenheit in der Preisbildung fehlt, die der alle Teile zu ihrem gerechten Fortkommen. Dies gilt insbesondere für die landwirtschaftliche Erzeugung, wie ein Blick auf die typischen Indizesgen beweist. Dabei lasse ich die Indizes für die Steuern und die Steuern, die im wesentlichen über den Indizes stehen, und auch den Index für Löhne, der ebenfalls rechtlich höher steht, beiseite und beschränke mich auf den Agrarindex und seine Gegenüberstellung zu den Indizes für Industriefabrikate, für Lebensmittel und für Ernährung. Während die Agrarpreise, also das, was der Landwirt produziert, auf 110 — gegenüber 1913 = 100 —, d. h. 10. B., über Vorkriegspreis stehen, fallen Industriefabrikate, die doch der Landwirt zu einem großen Teil kaufen muß, um produzieren zu können, 146; die Lebensmittel liegt auf 140, während die Steuern auf 170 liegen. Die Preisentwicklung ist also einseitig, einseitig der Erzeugung allein auf 140 fest. Es fließt also zwischen diesen vier für den harmonischen und organischen Verlauf unseres Wirtschaftslebens wichtigsten Preisgruppen ein tieferer Unterschied, eine Spanne von über 50 Punkten. Während in einem gefunden Wirtschaftsleben die verschiedenen Preisniveaus einem strengen Maß vergleichbar sind, zeigt sich heute — und das ist ein Beweis der schweren Krise — eine Auflösung dieses Maases in einzelne Stränge; die Verknüpfung, der innere Zusammenhang der Wirtschaftsreihe, ist verlorengegangen, die Stränge Steuern und Löhne sind nach oben gerückt, anderen gegenseitig es, einseitiges Ansteigen zu halten, andere können schlief darüber. Dies gilt insbesondere für den Strang Agrarpreise, der tief unten bei 110 am Boden schlief.

Das deutsche Wirtschaftsleben gleicht einem arbeitenden Manne, dessen Hände noch einmüde sind zu tun haben, während seine Füße, die Landwirtschaft, am Verlangen sind und darum auch die Hände allmählich nicht mehr Arbeit finden, wie die Arbeitslosigkeit zeigt. Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck die Ausgeglichenheit in der Preisbildung wieder herstellen. Das Leitmotiv für unsere Maßnahmen ist vollständig am Klarsten in den Worten Bismarcks ausgedrückt, mit denen er 1878 die Schutzpolitik begründete. Er sagte dabei darauf hin, die Gesamtwirtschaft des Volkes ist nur dann günstig entwickeln kann, wenn die einzelnen Wirtschaften sich deren begründeten Ansprüchen unterordnen, wenn die verschiedenen Zweige der Gütererzeugung und der Erwerbstätigkeit derartig im Gleichgewicht erhalten werden, wie es nach den besondern Bedürfnissen Deutschlands, nach seiner Lage und seinen natürlichen Hilfsquellen angemessen erscheint, und wenn die drei großen Berufs-

gruppen sich als kaufkräftige Abnehmer gegenseitig fördern und ergäßen. Diese Grundfänge sind auch heute richtunggebend. Eine mit größtem Nachdruck betriebene zielbewußte Agarpolitik ist die sicherste Grundlage deutscher Wirtschaftspolitik und deutscher Bevölkerungspolitik.

Die deutsche Landwirtschaft hat vor dem Kriege 90 bis 95 v. B. des gesamten deutschen Nahrungsbedarfes hergestellt. Heute sind wir selbst bei den Sätze von 22 v. B. geblieben, 20 v. B. des Nahrungsmittelebedarfes der deutschen Bevölkerung stammen aus der Einfuhr. Diese 15 v. B. bedeuten im Jahre mindestens 3 Milliarden für fremde Lebensmittel. Sie bedeuten weiter in der Praxis eine tiefe Aussparung deutscher Arbeitskräfte. Gerade in Wirtschaftsentwicklungen wie der heutigen, wo eine außerordentliche und ansehende langanhaltende Depressionswelle über die gesamte Weltwirtschaft dahinfegt, ist der Wert eines kaufkräftigen Binnenmarktes als Abgabebiet für die Industrie gar nicht hoch genug zu schätzen. Im Gegensatz zu dieser Erkenntnis ist die Landwirtschaft in der schwersten Weise durch die deutsche Wirtschaftspolitik vernachlässigt worden. Die Dernaachlassung auf dem Gebiete der Preisbildung hat dazu geführt, daß von der Gesamtzeugung ungefähr für 9 Milliarden an den Verbraucher abgeben werden; aber hierfür muß der letzte Verbraucher — sage und schreibe — etwa 18 Milliarden A.M. bezahlen. Das ist ein Mißverhältnis, das als ungesund und befehlend werden muß, und das dem Streben nach Ausgeglichenheit hemmend im Wege steht, aber auch dem Streben, die Rentabilität der Landwirtschaft wiederherzustellen. Gerade diese Zahlen sind ein besonders schlagendes Beweis dafür, daß der Preisabbau die richtigen Wege dem Ziele der Kaufkraftpolitik einseitig relativ angemessenen Preisen zu summen der Verbraucher immer in absolut hoher Preis zu sein braucht, widerspricht. Im Gegenteil, die notwendige Angleichung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise durch die gerechte Verteilung des volkswirtschaftlichen Einkommens dient dem angemessenen Preisabbau. In diesem Sinne betonte auch der Herr Reichsminister in der Reichstagsitzung vom 4. November: „Es ist nicht so, daß die agrarpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung irgendwie dinständig sein können, zu einer wirtschaftlichen Preisentwicklung auch auf dem Gebiete der Lebensmittel zu kommen.“

Wenn man feststellen muß, daß die Erzeugerpreise für die wichtigsten Viehgattungen nur ganz unvorteilhaft über dem Vorkriegspreise liegen, während der Erzeugerpreis bei Getreide und Kartoffeln sogar unter dem Vorkriegspreis liegt, so wird klar, daß die Maßnahmen des Preisabbaues insbesondere hier einleiten müssen. Es ist eine Unmöglichkeit und eine Ungerechtigkeit, daß die Landwirtschaft sich mit Preisen begnügt, die weit unter dem Durchschnitt liegen, während der Verbraucher hieron noch nicht einmal etwas hat. Diese Zustände haben sich auch erst in den letzten Jahren in so unangenehmer Weise entwickelt. Am die Wende der Jahre 1926/27 lagen die Indizes für die vier wichtigsten der genannten Indizes: Agrarpreise, Lebenshaltung, Ernährung und Lebensmittelpreise ganz dicht beieinander. Die inzwischen eingetretene große Klüft von ungefähr 50 Punkten zuzunehmen der agrarischen Erzeugerpreise ist darauf zurückzuführen, daß diese Erzeugerpreise unaufhaltend abgesunken sind, während gleichzeitig die Kleinhandelspreise, die der Verbraucher für die wichtigsten Lebensmittel bewilligen muß, und die sich am deutlichsten im Ernährungsinde wieder spiegeln, ein großes Beharrungsvermögen gezeigt haben. Deshalb gebt der Preisabbau, auch wenn man ganz absteht von seinen Zusammenhängen mit den Löhnen und Gehältern, als ein wesentlicheres Mittel hinein in die Bemühungen, zu einem organischen Ausgleich der Preise und damit der Wirtschaft zu gelangen. Das Reformwerk der Reichsregierung zeigt einen geschlossenen Ring von Faktoren: Ausgabenminderung der öffentlichen Hand — Steuererleichterung — Lohnabbau — Preisentzug — Angleichung der Agrarpreise.

Dieses Reformwerk kann und muß geschlossen durchgeführt werden, weil ohne Gefährdung des Gesamtplanes keines der Einzelglieder herausgelassen werden darf. Es war voraussehen, daß sich die Wirtschaftswegweide, die das Auseinanderklaffen der Preise beim Erzeuger bzw. Großhandel und beim Verbraucher zu ihren Gunsten bringen konnten, in dem Kampf der Reichsregierung um die Wiederangliederung der einzelnen Preisstufen, d. h. vor allem auch in dem Kampf um den Preisabbau, zur Wehr gehen würden. Es kann jedoch von beiden Seiten besitzten werden, daß der Kleinhandel noch vor wenigen Jahren mit einer um 50 v. H. kleineren Spanne seine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt hat. Alle Untersuchungen ergeben gleichermäÙig, daß die letzten 2 bis 5 Jahre die Handelspanne ungerechtfertigt erweitert haben. Dazu hat wesentlich mit beigetragen die Gewohnheit, die allorts sich in den letzten Jahren gezeigt hat, daß die Verkaufspreise möglichst auf dem einmal erreichten Stand beharren, während tatsächlich die Großhandelsbewegung bzw. die Erzeugerpreise schon ganz andere Bahnen eingeschlagen hätten. Wenn man sich diese Zusammenhänge harmonisch, so ist deutlich, daß die Reichsregierung zur feine Wahl hatte, als den Kampf gegen die überhöhten Spanne aufzunehmen, wenn man möglichst schnell auf dem Gebiete der wichtigsten Nahrungsmittel zu greifbaren Erfolgen kommen wollte. Dabei sollte und konnte weder mit zwangswirtschaftlichen Maßnahmen, noch mit Dächerparagrafen gearbeitet werden. Die Elnstuf in die Notwendigkeit der Preisentzug und die Bereitschaft, das Opfer, das andere Berufsstände durch die Lohn- und Gehaltsfällzungen ebenfalls erbringen, mittragen zu helfen, diese Elnstuf und Bereitschaft waren und sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abbau der Spanne. Die deutsche Öffentlichkeit hat bei den anfänglichen Schritten in der Richtung der Preisabbau nicht nur ein großes Interesse gezeigt und nicht recht gewirbt, daß die Reichsregierung nur auch die Verbände, die sich im großen und ganzen bereitwillig eingepaßt haben, im wesentlichen auf Empfehlungen angewiesen waren. Das Hauptmachtmittel ist und bleibt die Öffentlichkeit selbst, die Öffentlichkeit im Kleinen und im großen, vor allem auch im Kleinen. Die deutsche Hausfrau, die im Jahre 18 Milliarden Mark für Lebensmittel verausgabt, muß energischer als bisher den praktischen Preisvergleich und die Auslese zwischen den einzelnen Angeboten betreiben. Sie muß wieder mehr und mehr Pfennig sehr und durch diese genaue Pfennigrechnung auch den Verkäufer zur Preisbildung in Pfennigen zwingen. Diese Pfennigrechnung hat Deutschland groß gemacht, nicht die allzu generöse Abrechnung auf 5 und 10 Pfennige.

Was ist bisher erreicht worden? Der Brotpreis in Berlin wuchs von 50 auf 46 Pfennig herabgesetzt unter gleichzeitiger Erhöhung und Normalisierung des Gewichtes von 1225 auf 1250 g. Das bedeutet eine Ermäßigung des Brotpreises um 10 v. H., eine Herabdrückung der Kleinhandelspanne aber um 25 v. H. Die Brotfabriken haben diese Entwidlung zunächst noch nicht überall mitgemacht. Aber die neueste Entwidlung läßt hoffen, daß sie dem Appell der Reichsregierung überall folgen werden. Der Preis für Schweinefleisch ist um 5 Pfennig je Pfund herabgesetzt, die Preise für Kartoffeln haben in Berlin auf 25 bis 30 Pfennig gegenüber 40 bis 45 Pfennig noch im Oktober. Auch bei Milch ist die Spanne um einen Pfennig herabgesetzt worden. Besonders erfreulich sind auch die Sentungen bei den Preisen für Seife; für Gemüse und Obst werden die Verhandlungen mit dem Ziel fortgesetzt, Richtpreise besonders für den Durchschnitt der billigeren Gemüse- und Obstsorten herauszugeben.

Das sind freilich erst Anfänge, sind Weiterläufe auf bestimmten Gebieten. Es darf nicht bei der Sentung der Lebensmittelpreise allein bleiben, sondern es müssen auch auf den Nachbargebieten die Maßnahmen des Abbaues durchgeführt werden, damit die Lebenshaltung des Volkes insgesamt verbilligt wird. Dazu gibt vor allem die heutige große Sentung der Kohlenpreise den Schlüssel. Sie muß sich fortsetzen in der Sentung der Kosten für Heizung und Beleuchtung; vor allem aber müssen die Derkstarife einseitlich

der Frachten gesenkt werden, die ein Hauptheimum nicht nur für den Preisabbau, sondern für die Wiederhebung der Wirtschaft überhaupt bieten. Es ist erfreulich, daß sowohl der Derkstarkeminister wie auch die Reichsbahn an die Lösung auch dieser Frage energisch herangehen.

In landwirtschaftlichen Kreisen ist die Befürchtung laut geworden, daß der Abbau der Lebensmittelpreise im Kleinhandel letzten Endes auf ihren Schultern ausgetragen werden und wiederum die Preise für die Agrarstoffe herabdrücken würde. Es gibt auch einige Erörterungen in der letzten Zeit, die diese Befürchtung eine gewisse Begründung geben könnten. Wenn diese Befürchtungen tatsächlich verwirklicht würden, so würden damit nicht nur die ganzen ungeheuren Mühen und Kämpfe jenseit gemacht werden, die in den letzten Jahren geführt sind, um der Landwirtschaft wieder hochzuhelfen, sondern es würde auch das gesamte Reformwerk der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisbildung in Frage gestellt werden. Die Landwirtschaft handelt nicht nur im eigenen Interesse, sondern kämpft für den wirtschaftlichen Sinn der Aktion der Reichsregierung, wenn sie in energischer Kampfpoth sich dagegen verwehrt, daß die Preisabbaumaßnahmen zu ihren Lasten gehen, und sie wird dabei stets von der Reichsregierung mit allen Mitteln unterstützt werden. Denn es sieht sehr die Möglichkeit auf dem Spiel, überhaupt auf dem Wege organischer Entwidlung zu einem Zustande der Ausgeglichenheit im Wirtschaftsleben zurückzuführen.

Ich möchte aber auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß alle betroffenen Kreise bewußt, willig und freudig diesem wirtschaftlichen Opfer auf sich nehmen, die nötig sind, um die verschiedenen Preisgruppen zum Ausgleich zu bringen, die nötig sind, um ein einheitliches und einheitliches Wirtschaftssystem einzuführen. Denn überall, in allen unteren Verordnungen und Maßnahmen ist das Ziel kein anderes, als die Wiederherstellung des zerstörten Gleichgewichtes. Alle Teile des Wirtschaftskörpers müssen wieder gesund und aktionsfähig gemacht werden. Deutschland ist zu arm, um sich das Feiern von Millionen arbeitswilligen Händen leisten zu können; aber erst wenn die richtige Diagonale zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Erzeugung und Verbrauch, wenn die richtige Ausbalancierung zwischen den verschiedenen Preisgruppen erreicht ist, kann es gelingen, das Meer der Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einzuführen. Es ist kein Zufall, daß im Winter 1926/27, als die Preisniveau ziemlich genau ausbalanciert waren, die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schnell überwunden worden ist. Diesem Ziele dienen auch jetzt alle unsere Bemühungen. Deshalb wollen wir auch das Fundament jeder Wirtschaft, wollen wir die Landwirtschaft aus ihrer Notlage herausführen.

Ein jeder von uns weiß, daß es sich dabei im ganzen nicht allein um innerschulische Fragen handelt, sondern daß diese in nächster Zukunft Fragen ebenfalls zur Lösung sind im Zusammenhange mit dem Reparationsproblem. Aber diejenige Regierung, die Erfolge auf innerschulischen Gebieten hat und die sieht, daß ihr Appell um Opfer und Mitwirkung vom Volke verstanden wird, wird auch mit besonderer Kraft und mit größter innerer Sicherheit das Ringen um die endgültige Befreiung auf sich nehmen und durchzuführen in der Lage sein.

Das Opfer, das die deutsche Zukunft erfordert, muß möglichst gleichmäßig von allen Schultern getragen werden. Dazu gehört, daß der landwirtschaftliche Erzeuger nicht weiter mit Preisen und Gewinnen rechnen muß, die unter der Produktion des Profites und des allgemeinen Kassen erzeugten Grenze der Selbstkosten liegen. Dazu gehört weiter, daß der Verbraucher nicht Preise bezahlen muß, die aus dem Rahmen des allgemeinen organischen Preisstandes herausfallen. Dazu gehört schließlich, daß Verarbeitung und Vertrieb sich rational einhalten und zu der Spanne zurückkehren, bei der sie noch vor wenigen Jahren eine sehr viel gesicherter scheinende Erlöshen hatten.

## Der Reichshaushalt 1931.

Von Reichsminister A. D. Dr. Heinr. Köhler, M. D. R.

Der Haushaltsplan des Reiches für das Jahr 1931 hat eine ganz besondere Bedeutung. Denn er sieht vollständig auf den Fundamenten des großen Wirtschafts- und Finanzplans, den die Reichsregierung am 30. September 1930 veröffentlicht hat. Der Reichskanzler hat in der Rede, die er Anfang November vor dem Reichstag hielt, in Worten englischer Prägung ganz besonders darauf hingewiesen, daß dieses Programm der Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft „in enger Beziehung zur Außenpolitik der Reichsregierung siehe, eine Voraussetzung englischer Art für diese Außenpolitik bildet“. Das Motto für den ganzen Haushaltsplan hat die Regierung in den Worten gegeben: „Günstig gilt es, einen so ordentlich und gesunden Finanzhaushalt zu schaffen, wie es im nächsten Jahre aufzuführen damit das erwidert Vertrauen in unsere Finanzwirtschaft wiederhergestellt und damit unserer Wirtschaft neuer Wille, sich zu betätigen und Arbeit zu schaffen, gegeben

wird.“ Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen zur Entlastung und Dargberücksichtigung des Vertrauens sind die Grundthemen, die uns führen müssen.“ Auch dieser Gedankengang hat die Regierung veranlaßt, den neuen Haushalt aufzustellen. Das es ihr gelungen ist, im Gegensatz zu den vergangenen zwei Jahren, den Entwurf rechtzeitig an den Reichstag und einen Monat vor der vorgeschriebenen Frist an den Reichstag zu bringen, ist ein Erfolg, den sie von vornherein für sich buchen kann.

Der Haushaltsplan legt die Gedanken des Wirtschafts- und Finanzprogramms der Reichsregierung in die Etats der öffentlichen Körperschaften um. Man ist nicht, bevor zurückgekehrt, sogenannte zwangswirtschaftliche Ausgaben die bisher meist als unannehmbar gehalten wurden, in Bewegung zu bringen. „Heilige Ausgaben“ scheint es kaum noch geben zu haben. Greifreich; denn die Gesamtsituation verlangt schnelles und festes Eingreifen. Die immer



mehr abnehmende Wirtschaftslage drückte sich auf der Einnahmeseite des Reichsstats in folgenreicherer Weise aus. Eine, wie die Regierung sagt, vorläufige Lösung der vorzuschießenden Einnahmen-Einnahmen, Zölle und Verbrauchsabgaben ergab ein Minderaufkommen gegen 1930 in Höhe von 1131 Millionen. An neue Steuern konnte bei der Einnahmeberechnung für 1931 in größerem Umfang natürlich überhaupt nicht gedacht werden; lediglich eine härtere Heranziehung des Tabaks, die 167 Millionen zu bringen hätte, glaubte die Regierung vorzuschlagen und einfallender zu können. Sonst aber mußte das Gleichgewicht durch eine entsprechende Herabminderung der Ausgaben herzustellen versucht werden. Das ist der Regierung rein rechnerisch auch gelungen. Sie hat derart eingetretende Abfälle an den Ausgaben vorgeschrieben, daß diese bis auf 10,418 Milliarden (einschließlich der veranschlagten Aufwendungen an die Länder in Höhe von fast 3 Milliarden) herabgerückt worden sind. Das bedeutet gegenüber den ordentlichen Ausgaben des Haushalts 1930, wo sie durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli 1930 festgestellt worden sind, mit 11,558 Milliarden eine Verminderung von 1140 Millionen. Der neue Ausgabenbetrag konnte aus den zur Verfügung stehenden Einnahmen gedeckt werden. Wobei allerdings zu beachten ist, daß dies ausschließlich nur dadurch erreicht wurde, daß von den im Vermögensbestande des Reiches befindlichen Vermögenswerten (einschließlich der Vermögensgegenstände wieder für 150 Millionen durch Verkauf) wieder ein Teil der ordentlichen Einnahmen des Reiches zugeführt wird. Diese wertvolle Einnahmequelle wird dem Reich nicht mehr lange zur Verfügung liegen, denn die im Jahre 1925 und 1926 teilweise aus Haushaltsmitteln beschaffte und in den Jahren 1927 und 1928 nicht angegriffene Zentrale in Höhe von 731 Millionen wird Ende 1930 nur noch 398 Millionen Goldmark betragen und unter der jetzigen Preislage bald aufgebraucht sein.

Das Gleichgewicht zwischen ordentlichen Einnahmen und ordentlichen Ausgaben konnte trotzdem nur dadurch erreicht werden, daß, wie schon erwähnt, neue, wirtschaftliche und teilweise auch politische außerordentlich tiefgreifende Maßnahmen vorgeesehen worden sind. So hat die Regierung den Umtrieb und Defizitstifter der vergangenen Etats, die Arbeitslosenversicherung, für den Reichsstat (allerdings nur für diesen) kurzfristig dadurch umschäblich gemacht, daß sie erklärt hat, die Arbeitslosenversicherung müsse sich auf eigene Füße stellen, im Reichsstat könne für sie nichts mehr vorgeesehen werden; weitere Reformen werden vorbereitet. Eine große Rolle im Erparnisprogramm der Regierung spielen ferner die Beamten- und Ruhegehaltsabzüge. Die in Fortsetzung der jetzigen 2½prozent Reichsruhe vorgeschlagene große Kürzung des Gehaltsbesizes (eine Kinderzulage) soll nicht nur dem Reich und der Reichsbahn, sondern auch Ländern und Gemeinden erhebliche Einsparungen bringen. So nimmt die Regierung an, daß sich die Ausgaben durch diese Kürzungen vermindern werden: beim Reich um 65 Millionen jährlich, bei der Reichsbahn um 62 (die als erhöhte Leistung der Post auf dem Reich zuzuliegen sollen), bei der Reichsbahn um 82 und bei den Ländern und Gemeinden um etwa 270 Millionen, also insgesamt um rund 480 Millionen. Die weitere in Rechnung gestellten Kürzungen der Abwertungen an Länder und Gemeinden sind zunächst die Konsequenzen der geringeren Einkünfte an Abwertungssteuern (Einkommen und Umsatzsteuer); darüber hinaus möchte das Reich aber auch noch an dem für Länder und Gemeinden errechneten Gehaltskürzungsgewinn in Höhe von rund 270 Millionen mit 100 Millionen teilnehmen. Das Reich will den Ländern u. a. diesen „Gewinn“ nicht vollständig, sondern nur zu einem Teil belassen, weil es dadurch auch Länder und Gemeinden zwingen möchte, ihre Gehaltskürzungen dem Gesamtwirtschaftsstand entsprechend anzuschließen. Ein Betrag von rund 500 Millionen ist ferner durch Haushaltsabzüge erzielt worden. Diese Abzüge sind der Erfolg teilweise recht mühseliger Kleinarbeit. Viele Hunderte von Ausgabenstellen sind in mehr oder weniger starkem Umfang gekürzt worden, angefangen bei den Geschäftsbetriebsstellen, über die Unterhaltung der Gebäude, der Dienstgebäude, der Reis- und Umzugskosten bis zu den großen Millionenfonds für kulturelle, soziale und kulturelle Zwecke. Das hier mitzuerwährende sind nur die wichtigsten Beispiele, die vorgenommen worden sind, kann nicht aufgezählt werden. Ertröben wird man sich damit abzufinden haben im Blick auf die Gesamtlage.

Die oben aufgeführten Ausgabeminderungen erreichen einschließlich der Verchiebung bei der Invaliden- und der Knappschaftsversicherung, für die im Jahre 1930 noch ein Zufußbetrag von 125 Millionen aus der Kohlensteuer vorgezogen war, die aber im Jahre 1931 nur 6 Millionen erhalten werden, da das Kohlensteueraufkommen wesentlich zurückgehen wird, einer Höhe von 1140 Millionen. Es handelt sich dabei natürlich nicht um weiteres auch um 140 Millionen Entlastung der Steuerzahler. Ob die Länder und Gemeinden im Rahmen der gestrichelten Ueberweisungen und der gestrichelten zu sendenden Grund- und Gewerbesteuer ihrer Ausgaben auch bei stärkstmöglicher Einschränkung der Ausgaben ohne Entschädigung anderer Steuerklassen gerecht werden können, ob die Gemeinde-, Bier- u. a. Steuern dafür ausreichen, bedarf eingehender Prüfung.

Die Gestaltung der einzelnen Vorschläge des Finanzprogramms wird geradezu zu einer eigenen Lebensfrage vieler Länder und greift tief ein in die Wirtschaft laufender deutscher Gemeinden, bei weitem letzteren allein die Käfen für das Wahlverfahren von 1089 Millionen im Jahre 1925 auf 1456 Millionen im Jahre 1929 gestiegen sind und fortwährend weiter steigen. Die Verbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden ist heute größer denn je. Das zeigt das Reichsstatbild 1931 mit aller Deutlichkeit.

Die geplanten ordentlichen Einnahmen des Reichs sind für 1931 auf 10,418 Milliarden veranschlagt gegen 11,558 Milliarden des Jahres 1930, das sind also 1140 Millionen weniger. Die für 1930 veranschlagten Einnahmen an Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben, die mit 10,266 Milliarden in den oben genannten Gesamtsumme enthalten sind, werden natürlich nicht eingeht, sondern ganz erheblich hinter dem Vorschlag zurückbleiben. Deshalb sind für 1931 an Einnahmen aus diesen Quellen nur 9,514 Milliarden vorgezogen. Das bedeutet einen Rückgang von 11 v. H. Bei den Besitz- und Verkehrssteuern rechnet man dabei mit einem Mindereintrag von fast einer Milliarde (979 Millionen) = 14,5 v. H., während bei Zölle und Verbrauchsabgaben man glaubt, einen Rückgang von nur 152 Millionen = 4,5 v. H. zu erfahren. Eine Gliederung der ordentlichen Ausgaben in bezug folgendes: Von den geplanten ordentlichen Ausgaben für 1931 werden 10,418 Millionen abgeben sollen über 5 Milliarden (genau 5160 Millionen) — also 30 v. H. — als Steuerüberweisungen und für Schulzulagen an Länder und Gemeinden. Als innere und äußere Käfen des Krieges mußten 2 Milliarden eingestrichelt werden. Davon betragen die Reparationszahlungen (einschließlich der Leistung der Reichsbahn) 795 Millionen. Das sind gegen 1930 88 Millionen weniger. Nach dem Damesplan wären 2500 Millionen (zusätzlich einer Erhöhung durch den Wolframstein) zu zahlen gewesen. Die persönlichen Bezüge der Beamten, Soldaten, Angehörten und Arbeiter des Reichs sind zu 794 Millionen veranschlagt (darunter 212 Millionen für Soldaten des Heeres und 21 Millionen für die großen Posten in den ordentlichen Ausgaben stellen natürlich die Versorgungs- und Ruhegehälter dar. Sie betragen insgesamt 1,6 Milliarden; davon entfallen aber allein 1,3 Milliarden auf Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Für soziale Zwecke sind 901 Millionen vorgezogen. Für die Erwerbslosenfürsorge hat das Reich von 1927/50 insgesamt 2½ Milliarden, an Zuschüssen zur Sozialversicherung von 1924/30 insgesamt 2,6 Milliarden aufgewandt! Für die Reichswehr sind (einschließlich des Personalaufwandes und nach Abzug der Einnahmen) 657 Millionen, das sind 22 Millionen weniger als im Vorjahr, angefordert.

Der Gesamtschicksal des Haushalts läßt sich im großen Rahmen. Bei 87 Millionen reinen Ausgaben, darunter 66 Millionen für den weiteren Ausbau von Wehrgeräten, sieht er die Aufnahme einer Anleihe von 70 Millionen vor. Leider sind aber hier immer noch die Folgen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1926 zu spüren, wo man eine Milliardenausgabe in der Hoffnung beschloß, den Betrag durch Anleihen aufzubringen. Mit der Ausführung der Bemilligungen wurde alsbald begonnen, das Geld aber konnte nur zum kleineren Teil durch Anleihe beschafft werden. Der Rest mußte vom ordentlichen Haushalt vorgelegt werden; so entstanden Kassen-schwierigkeiten, die heute noch nicht vollständig behoben sind.

Der Gesamtsatz ist, das zeigt schon ein flüchtiger Überblick, offensichtlich und spärlich aufgestellt. Nicht alle Steuerparnisse werden zwar ohne weiteres und sofort auch als Erparnis für die deutschen Volkswirtschaft angesehen werden können. Auf verschiedenen Gebieten hat lediglich eine Verschiebung der Zahlungspflicht stattgefunden. Ob die Einnahmen trotz aller Vorkehr nicht doch zu und dort noch überschüssig sind, ist schwer zu sagen. Das Bestreben, einen geordneten und harmonischen Staat vorzugeben, ist überall zu erkennen und auch anzuerkennen. Ertröben ist der Etat fast losgerannt, „Armeelustet“. Gewiß sind vielfach außerordentlich starke Abzüge vorgenommen worden. Es kann selbst zugegeben werden, daß bei der einen oder andern Position vielleicht zu hart zugriffen worden ist, aber andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Regierung sowohl wie Reichsstat und Reichsstat in der Vergangenheit mandmal dem gefährlichen Drängen von Interessentengruppen mehr nachgegeben haben, als dies in der gegenwärtigen Lage und unter den Umständen jetzt der Etat doch auch noch Positionen, deren Derwarter es offensichtlich gelungen ist, je vor dem Schwerk der Kürzungen zu retten, ohne daß ein Abbruch absolut lebensnotwendiger Interessen verliert hätte. Die Not, die sich in den Etats vergangener Jahre schon wieder spiegelt hat, und die man glaubt, durch das Zurückgehen der Reparationsverpflichtungen teilweise gemindert zu haben, ist im kommenden Jahre, wo sich zu der härteren Wirtschaftslage auch noch die finanziellen Auswirkungen der Winterkrisis 1930 gesellen, kassidatpolitisch noch wesentlich größer. Starke Eingriffe auf personellen und sachlichen Gebieten sind nicht unbedingt notwendig. Möchte man allerbald im ganzen Volk einsehen, daß diese Eingriffe in ihrer Auswirkung die Grundlage geben sollen, um unserem deutschen Vaterland die politische Freiheit, die materielle und moralische Gleichberechtigung im Rate der Welt wieder zu verschaffen. Ein solches Ziel ist großer Opfer wert.

# Zehn Jahre Preussische Staatsverfassung.

30. November 1920—1930.

Von Carl Seering, Preussischer Minister des Innern.



TRANSOSC G.m.b.H.

Die Bedeutung Preußens in Deutschland rechtferdigt es, daß man den Tag, an dem die jetzt geltende Preussische Verfassung vor zehn Jahren in Kraft trat, nicht ohne Dankesgedanken vorübergehen läßt. Unsere Zeit lebt schnell, die Ereignisse überfliegen sich, und so ist heute die Erinnerung an das Werden des neuen Preußen schon verblaßt. Das alte Preußen hatte sich zu einem Hort der Reaktion in Deutschland entwickelt, zu einem Bollwerk gegenüber allen Versuchen des Volkes, teilzuhaben an der Macht ausübung im Staate. Alles Drängen der freilieblichen Schichten unseres Volkes auf Reformen im Wahrecht und in den Verwaltungsgewaltungen blieb in der Vorrietzzeit vergeblich. Erst die Sturmstöße des November 1918 haben wir in ganz Deutschland so auch in Preußen für eine freiliebliche Entwicklung und Gestaltung der Verfassung die Voraussetzungen geschaffen. Gerade heute, wo befonders in der jüngeren Generation hier und dort falsche Vorstellungen von der „guten, alten Zeit“ aufzuwachen, scheint es mir nützlich zu sein, an die Entstehung des alten Preußen in der Vorkriegszeit zu erinnern.

Aus den Stützpunkten der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung verstrahlt man heute noch die lebensschaffende Erregung des politischen Kampfes jener Monate und Jahre. Auch in den Debatten der preussischen Landesversammlung kamen alle Wünsche und Forderungen, die in der deutschen Politik damals die Köpfe erhitzen, zum Ausdruck. Der Kampf ging um die Frage des Ein- oder Zweikammersystems, um die Errichtung des Postens eines preussischen Staatspräsidenten, aber immer wurden die Debatten glutooll geführt von der leidenschaftlichen Erbitterung über das Dreiklassenwahlrecht der alten preussischen Verfassung. Auch der Unwille über die ungleiche Behandlung der Konfessionen im alten Preußen, wie die Kritik an der bisher geübten preussischen Verwaltungspraxis fanden in den erregten Auseinandersetzungen der preussischen Landesversammlung ihren lebendigen Ausdruck.

Die Anfänge der neuen Preussischen Verfassung bestehen in einem Entwurf des damaligen Preussischen Innenministers Wolfgang Heine, den er im Februar 1919 dem Staatsministerium vorlegte. Dieser juristische Entwurf war als Diszussionsbasis für das Staatsministerium und die verfassunggebende Landesversammlung gedacht. Im die verfassunglose Zeit, die bis zur ordnungsmäßigen Verabschiedung einer Verfassung durch die Landesversammlung sich ergab, zu überbrücken, verabschiedete das Preussische Staatsministerium am 18. und 20. Februar 1919 in Weimar den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der vorläufigen Staatsgewalt in Preußen, das der preussischen Landesversammlung die Aufgabe und die Vollmacht zur Verabschiedung der Staatsverfassung gab. Dieses Gesetz wurde bereits am 20. März 1919 von der Landesversammlung verabschiedet und damit die feste gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Organe des neuen preussischen Staatensystems geschaffen. Schon bei dieser Beratung tauchte der Gedanke der Schaffung eines „Staatsrates, eines „retardierenden Elementes“, auf, einer Körperschaft, die ein Einprüfungsrecht gegenüber dem Landtag haben sollte.

Am Preussischen Ministerium des Innern gingen im Jahre 1919 die Vorarbeiten zur Verfassung weiter. Am 29. Noobr. 1919 reichte der Preussische Innenminister einen neuen Verfassungsentwurf dem Kabinett ein, der sich von dem ersten Entwurf in verschiedenen Punkten unterschied. Von einem Staatspräsidenten war

nicht mehr die Rede. Dem Landtagspräsidenten hatte man eine herausgehobene Stellung dadurch geschaffen, daß er den Ministerpräsidenten berufen, auf dessen Vorschlag die Minister ernannt sollte. In jener politisch sehr bewegten Lage beantragten die Mehrheitsparteien der Landesversammlung, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, den Versuch zu machen, „die Zusammenfassung aller Volkskräfte in einem Einheitsstaat sobald als möglich herbeizuführen“. In den Motiven zu diesem Antrag hieß es u. a., daß die Sehnsucht nach einer Vereinigung aller deutschen Stämme in einem einzigen großen deutschen Volksstaat, in dem den einzelnen Stämmen weitestgehende Selbstverwaltung gesichert wird, sich immer stärker offenbare. — Dieser Antrag, der dem Gedanken der Errichtung eines deutschen Einheitsstaates einen festigen Anstoß gab, wurde von der Landesversammlung angenommen. Ein greifbarer Erfolg ist auch heute, nach fast 11 Jahren, nicht erreicht worden.

So mußte das alte preussische Kabinett seine Arbeiten an der eigenen Preussischen Verfassung wieder aufnehmen. Am 28. Februar 1920 ging der fertige Verfassungsentwurf an die verfassunggebende preussische Landesversammlung. Da beach der Kapp-Putsch aus. Eine seiner folgerichtigen war der Austritt des Preussischen Kabinetts. An Stelle des Innenministers Heine übernahm ich unter der Ministerpräsidentenschaft Otto Brauns das Preussische Ministerium des Innern. Zum Ziel mir die Aufgabe zu, die Verfassungsvorlage vor der Landesversammlung zu vertreten und damit die große Debatte zu eröffnen, an der der Schöpfer der Reichsverfassung, Hugo Preuß, hervorragenden Anteil nahm. Hugo Preuß sah das Wesentliche für die Verfassung der Preussischen Republik darin, „das Verhältnis Preußens zum Reich und zu seinen eigenen Provinzen im Geist der neueren Staatsordnung durch demokratische Dezentralisation und Selbstverwaltung zu regeln“.

In die Landtagsdebatte schlossen sich die langen Beratungen des Verfassungsausschusses, der in die Verfassung die Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid hineinbearbeitete. Das Wahlrecht wurde auf 20 Jahre festgesetzt, statt, wie vorgesehen, auf 25 Jahre. Am 26. Noobr. 1920 beschloß die dritte Sitzung, die vier Tage später, am 30. Noobr., ihren Abschluß fand. Von 574 anwesenden Abgeordneten stimmten 280 dem Verfassungsentwurf in seiner heute geltenden Gestalt zu.

Damit war die gesetzliche Grundlage für den neuen preussischen Volksstaat geschaffen. Sie gab den breiten Massen des Volkes das Mitbestimmungsrecht an den Geschicken des Staates und machte den Artikel 2 der neuen Verfassung zur Wirklichkeit, der da bestimmt: „Etwas der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes. Unter normalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hätte die neue Staatsform die reaktionären Festförmungen (spielen leicht überwinden. Außenpolitischer Druck und innere Wirtschaftsnöte aber begünstigen den reaktionären Widerstand nicht nur, sondern auch den empörendsten Mißbrauch mit den neuen Volksrechten. Die Einrichtung der sogenannten Keinen Anfechten und das Recht des Landtages auf Einsetzung von Untersuchungskommissionen werden nirgends mehr zu einer überhöhten farce herabgewürdigt als bei gewissen Parteien des Preussischen Landtags. Das ist eine dunkle Keckheit der Volksrechte, die aber in dem Augenblick notwendig wird, in dem das Volk, befreit von seinen wirtschaftlichen Nöten, auch von seinem Parlament ernste Arbeit verlangen wird.“

Der Kern der Verfassung ist gut. Es ist kein Zweifel, daß gerade unter dieser Verfassung in all den Wirren der Nachkriegszeit Preußen der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht geblieben ist. Das Werk, das vor zehn Jahren geschaffen wurde, hat sich gerade in dieser schweren Zeit der Prüfung als gut und brauchbar erwiesen. Wie haben heute nicht Mühe und Sammlung, um so feiern, es ist nicht die Stimmung, um Feste zu begehen. Aber wir dürfen mit Recht und Stolz darauf hinweisen, daß die vor zehn Jahren geschaffene Preussische Verfassung gegenüber dem bis dahin bestehenden preussischen Verfassungsrecht einen ungeheuren Fortschritt bedeutet, daß sie den Weg ins freie und zur Freiheit erschlossen hat. Die Wege zur Demokratie lieft geschaffen. Sie haben des Volkes, das auf ihnen zielbewußt zu marschieren verheißt.

## Die Kontinuität der Preussischen Regierung

Jahr	Präsident	Ministerpräsident	Landwirtschaftl. Minister	Wissenschaftl. Minister	Finanzminister	Innerer Minister	Justizminister	Wohlf. Minister
1919	Marx S.P.D.	Dem. S.P.D.	S.P.D.	S.P.D.	S.P.D.	S.P.D.	Zentr.	Zentr.
1920	Braun S.P.D.	Dem. S.P.D.	S.P.D.	S.P.D.	S.P.D.	S.P.D.	Zentr.	Zentr.
1921	Braun S.P.D.	Dem. S.P.D.	O	O	Dem. S.P.D.	Zentr.	Zentr.	
1922	Braun S.P.D.	Dem. S.P.D.	Dem. Volkp.	Wolkp. S.P.D.	Zentr.	Zentr.		
1923								
1924	Harz S.P.D.	Dem. Zentr.	O	Dem. S.P.D.	Zentr.	Zentr.		
1925	Braun S.P.D.	Dem. Zentr.	O	Dem. S.P.D.	Zentr.	Zentr.		
1926								
1927								
1928								
1929				S.P.D.				
1930								

Oparteilos

Es fanden die: S.P.D. / Wissenschaftl. Minister / S.P.D. / Arbeitsminister / S.P.D.

# Zur Zeitgeschichte

## Ungarn und Deutschland.

Zum Besuch des Grafen Bethlen in Berlin.

Vom 22. bis zum 24. November hat der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen, einer Einladung der deutschen Außenminister Dr. Curtius folgend, seinen Besuch der Reichsregierung in Berlin gemeistert. Der Graf ist dem deutschen Volke kein Unbekannter. Seit dem April 1921 leitet er ununterbrochen als Ministerpräsident die ungarische Politik. Mit seinem Namen ist die Geschichte Ungarns seit dem Friedenssticht mit Trianon auf das engste verknüpft. Diese Geschichte ist gekennzeichnet durch das Langsame, aber ununterbrochene Emporsteigen einer unterdrückten und in den Staub getretenen Nation zu internationaler Bedeutung. Von 550 000 Quadratkilometern, die das alte Ungarn umfaßte, sind ihm über 250 000 Quadratkilometer in Trianon entziffen und (vor allem) unter der Tschechoslowakei, Rumänien und Südbanwien aufgeteilt worden. Von über 20 Millionen Einwohnern verblieben ihm nur 7,5 Millionen. Die ihm entziffenen Gebiete waren die Grundlagen des früheren ungarischen Wohlstandes gewesen. Ungarn war zu einem der kleinsten und wirtschaftlich schwächsten Länder Europas geworden. Und trotzdem ist es heute wieder ein beachtlicher Faktor in der europäischen Politik. Die Rolle, die es in dieser spielt, hat in den letzten Wochen erst wieder die Abschlüsse des griechisch-türkischen Vertrages nach Anzora gezeigt. Dem Abschluß dieses Vertrages standen jahrhundertalte Feindschaft und kaum überbrückbare Schwierigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei entgegen. Daß sie trotzdem überwunden wurden und damit an die Stelle der bisherigen unruhigen Verhältnisse nunmehr friedlichere im Nahen Orient getreten sind, ist unweifelhaft ein Verdienst des Grafen Bethlen. Er hat beim Abschluß des griechisch-türkischen Vertrages eine wichtige Rolle als Vermittler gespielt, und damit Ungarn zu einem Mittelpunkt der politischen Entwicklung in Südosteuropa gemacht.

In Deutschland ist dieser Wiederaufstieg Ungarns unter der Führung seines Ministerpräsidenten stets aufrechtig begrüßt worden, denn Ungarn und Deutschland sind Schicksalsgenossen. Sie haben die gleichen Interessen in den für sie an erster Stelle stehenden Fragen, in der Reparationsfrage, der Reparationsfrage und der Abrüstungsfrage, ohne deren gerechte Lösung eine Wiederherstellung wirklicher friedlicher Verhältnisse in Europa nicht möglich ist. Der Besuch des Grafen Bethlen in Berlin wird ohne Zweifel dazu beitragen, diese Verbundenheit noch enger zu gestalten. Er galt, wie dies Graf Bethlen kurz vor seiner Reise nach Berlin im Auswärtigen Amt auszusprechen die ungarischen Abgeordnetenabteilungen ausdrücklich erklärt hat, vor allem der Überbrückung gewisser Schwierigkeiten, die sich, geboren aus den besonderen Verhältnissen beider Länder, in den beiderseitigen Handelsbeziehungen ergeben hatten.

## Zehn Jahre freie Stadt Danzig.

Als deutsche Stadt ist Danzig über 700 Jahre alt. Im ganzen Ablauf dieses Zeitraums aber gibt es keine schlimmeren Kapitel als die beiden mit der Überschrift *„Die freie Stadt“*. Das erste umfaßt die sieben Jahre von 1807 bis 1814, das zweite erstreckt sich selber seit 1920. In beiden Fällen ist es der Verdichtungsinsel Frankreichs, der die Stadt aus dem Verbände Preußens löst, um sie als Stützpunkt der Verbindung mit dem vereinslospflichtigen Polen zu gewinnen und auf diese Weise auch von Opfern bei den preußisch-deutschen Gegner zu unklammern. Auf die Verfeindlichkeit der allgemein-politischen Verhältnisse damals und jetzt ist hier nicht einzugehen. Uns drückt die Gegenwart, und dieser Druck hat seit der Ausrufung der freien Stadt am 15. Dezember 1920 ständig zugenommen. Das der Gemäßigten von Versailles erst eingeleitet, hat Polens jähbewegter Drang gewiß noch nicht vollendet, aber weit vorangebricht. Die Mißverständnisse des öffentlichen Rechts hat für die Rechte Polens über Danzig keinen anderen als den schonungslosen Ausbruch „Dienstbarkeit“. Auswärtige Vertretung, Zollhoheit, Verkehrshoheit der Stadt sind in den Händen ihres argsten Gegners. Der Hofen, Danzigs Wertz und Stolz seit 700 Jahren, ist nicht mehr sein Eigen. Die Kriegsmacht Polens nutzt ihn aus für ihre Schiffe und die Lagerung von Munition. Die Danziger Wirtschaft, eingesperrt in Polens Zollsystem und Handelspolitik, hat einmal unter deutsche und danach noch zweimal eine Inflation in Polen unter sich ergehen lassen müssen. Kaum aber hatte sie sich mühsam wieder ausgerichtet, da setzte Götgens großzügig-gemäßigter Wettbewerber und die Bedrohung durch die sogenannte Kohlenmagistrale ein, die Danzig von der oberhalb liegenden Verbindung einfach abhängt. So fiert der Handel, das Gewerbe, der Verkehr, die Arbeitslosigkeit nimmt steigend zu — und einige zwanzigtausend Zuwanderer aus Polen, die doch ebensowohl Danzigers das Brot wegnehmen, sind nicht loszumerden, weil Versailles das



Danzig, Marienkirche

angeblich verbietet. Der planmäßige Überstromung auf dem freien Arbeitsmarkt entspricht der Zulassung polnischer Beamter, Arbeiter und Angestellter in den Häfen, Eisenbahnen und Postbetrieb. Wie sich das alles in Verbindung mit der schwersten finanziellen Not und unerträglichem hohen Steuerdruck im Stimmungsleben des bedrückten Deutschums auswirkt, kann sich aus mißführendem Verständnis sicherlich nur schwer vorstellen. Zehn Jahre freie Stadt — sie haben, eines auf das andere folgend, stets nur Schlimmeres gebracht. Was aber wird die Zukunft bringen? Ärger als vergangenes Leid drückt die Sorge. Sie drückt die Danziger, und sie sollte alles deutsche Volk bedrücken. Denn mehr und Großeres steht hier auf dem Spiel als eine alte Stadt, ein Hafen und 400 000 Deutsche Menschen.

Dr. Wilhelm Marquell

## Die Wahlen in Polen.

Das Ergebnis der polnischen Wahlen ist, wenn man es nach den Mandaten beurteilt, für die Minderheiten, und unter ihnen vor allem für die Deutschen, katastrophal. An Stelle von 17 deutschen Mandaten im vorigen Sejm (dazu noch 2 Deutschen auf der Liste der polnischen Sozialdemokraten in Kongresspolen) dieses Mal nur 6 Mandate im Abgeordnetenhaus; an Stelle von 5 deutschen Senatoren nur 3. Die Juden hatten das vorige Mal 13 Mandate; Ukrainer behielten 21 Mandate, die Weißrussen verminderten völlig. Diesem ist das Ergebnis für die Ukrainer und Weißrussen am bemerkenswertesten dafür, daß die Minderheiten nicht nur unter dem allgemeinen Terror gegen die Opposition überhaupt gelitten haben, sondern daß spezifische Maßnahmen gegen die Minderheiten dazugekommen sind. Denn der gläubigste Cor wird nicht glauben, daß die fompakt sedelnden Ukrainer auf einmal ihr Herz für das polnische Vaterland erweicht hätten, nachdem gerade sie in den letzten Monaten unter Terrormaßnahmen von geradezu beispielloser Schrecklichkeit gelitten haben.

Den Deutschen ging man zunächst im sicheren Grundzarter Wahlkreis mit dem einzigen Mittel zu Feinde, daß man die deutsche Hilfe für ungültig erklärte. Man erreichte dadurch, daß außer dem Grundzarter Mandat noch ein weiteres Mandat von der Staatsliste verloren wurde. Im übrigen lassen sich die deutschen Wahlstimmen nur für Polen und Weißrussen einigermaßen mit den Zahlen von 1928 vergleichen. Der Vergleich zeigt, daß der Stimmenzuwachs überall geringfügig ist. Wenn trotzdem außer dem Grundzarter Mandat noch drei weitere Mandate verlorengingen, so liegt das zunächst daran, daß die polnischen Wähler härter bedrückt waren und infolgedessen bei der Eigenart des polnischen Wahlsystems, das keinen festen Wahlquotienten kennt, der Wahlquotient fast doppelt so hoch war. Trotzdem wären die Aussichten noch nicht so schlecht gewesen, wenn nicht, vor allem in Nordprovinzen, dörferweise die Deutschen wegen fehlender polnischer Staatsangehörigkeit aus den Wählerlisten gestrichen worden wären. Es dürfte kaum ein Dutzend Fälle geben, in denen die Streichung zu Recht erfolgte.

In Oberhessen ist jeder Vergleich mit 1928 unmöglich. Die Streichungen aus den Wählerlisten werden auf über 20 000 geschätzt. Dazu kam ein planmäßiger Wahlterror, den die Russen bischen

unter dem Schutz der Weisheitshaft und der Polizei durchzuführen; ein Terror, der es oft auch für den Mutigen unmöglich machte, vom Wahretn Gebrauch zu machen. Die Vorgänge in Hohenbrunn haben Mitgefühl die Zustände in Oberösterreich beleuchtet. Was hier an Mißhandlungen — man muß schießen, daß mehrere Mißhandlungen nicht mit dem Leben davonkommen werden — und an handwärtigen Scherzfragen oder Lohne nach der Abkündigung geschehen konnte, sollte endlich das Gewissen derer aufklimmen, die durch eine sinnlose Entscheidung ein einst blühendes und friedliebendes Land dem Schreden ausgeliefert haben.

So sind diese Wahlen, die als Triumph der Regierung Pilsudski gefeiert werden, zu einer schweren Epoche auf dem internationalen Insehen Polens geworden. Sache des Völkerrundes wird es sein, den „heiligen Rechten der Minderheiten“ mit Nachdruck Geltung zu verschaffen.

## Die Pazifizierung des Balkans.

Der Balkan wird nicht mit Unrecht der Wetterwintel Europas genannt, hat er doch auf die Entwicklung der europäischen Politik von jeher einen großen und nicht immer günstigen Einfluß genommen. Um so erfreulicher ist die Feststellung, daß sich in der letzten Zeit in den Balkanländern ein gewisses Solidaritätsgedühl erkennen läßt und die Lösung: „Der Balkan den Balkanvölkern“ erhöhte Geltung gewinnt.

So ist in diesem Zusammenhang auf die Agrarkonferenzen in Bukarest, Sinaia und Belgrad hinzuweisen. Es hat sich auf diesen Konferenzen um die Frage gehandelt, wie diese Länder, die fast ausschließlich Agrarländer sind, der ungeheuren landwirtschaftlichen Krise Herr werden können. Hier ist zum ersten Male versucht worden, das Problem der Abhängigkeit landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu lösen, indem man diese Agrarländer in eine gewisse Einheitsfront zu bringen bestrahlt war, insbesondere auch den westlichen In, unter anderem, also vornehmlich Deutschland gegenüber, die für den Import der Agrarprodukte in Frage kommen. Die Agrarkonferenzen wollen ihren Markt für die Anbaufrüchte der westlichen Länder nur unter der Bedingung freigeben, daß sich diese Länder auch der Einfuhr ihrer Erzeugnisse nicht verschließen. Zunächst handelt es sich um die Vorbereitung der einheitlichen Organisation des Exports. Irgendwelche bindenden Beschlüsse über einheitliche Maßnahmen sind noch nicht gefaßt worden. Jedenfalls wird aber auch die deutsche Handelspolitik von diesen zu erwartenden Beschlüssen stark beeinflusst werden.

Uniere ganz besondere Aufmerksamkeit verdient auch die Balkankonferenz, die vom 5. bis 11. Oktober in Athen gefaßt hat. Auf dem vor etwa einem Jahre gleichfalls in Athen abgehaltenen Internationalen Friedenskongreß war die Anregung erfolgt, einen Balkankongreß zur Prüfung der Frage eines Zusammenschlusses der Balkanstaaten auf föderativer Grundlage einzuberufen. Man hat sich im Verlaufe der Verhandlungen schließlich auf das Ziel geeinigt, die Balkanländer in einem Staatenbund zu vereinigen, wie er in Deutschland vor 1870 bestanden hat. Der eigentliche Manager der Balkankonferenz ist der griechische Politiker Papapanastasiu. Die Regierungen selbst haben sich dem Kongreß gegenüber zunächst sehr reserviert verhalten. Er wurde als ein völlig triviales Unternehmen erklärt. Bei der Wichtigkeit, die dieser Kongreß durch die auf der Tagesordnung stehenden Fragen bekommen wurde, ist es selbstverständlich, daß die Regierungen in Wirklichkeit aber sowohl auf die Zustimmung der Delegierten als auch auf deren Stellungnahme zu den einzelnen Problemen zweifellos starken Einfluß genommen haben. Nach fleißiger und sorgfältiger Vorbereitung und nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten trat der Kongreß endlich zusammen, zahlreiche Vertreter der sechs Balkanstaaten, Rumänien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und Bulgarien und der Türkei nahmen teil. Daneben waren auch Delegierte des Völkerrundes, des Internationalen Arbeitsamtes und der Interparlamentarischen Union anwesend. Da die Bulgaren ihre Teilnahme an dem Kongreß davon abhängig gemacht hatten, daß die Minderheitenfrage auf die Tagesordnung gesetzt wurde, mußte diese Konzeption gemacht werden, um die Konferenz nicht von vornherein zum Scheitern zu verurteilen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion hat man sich in dieser Frage auf eine nichtsgewöhnliche Kompromißformel geeinigt, die wenigstens die Konferenz getreuet hat.

Die eigentliche Arbeit hat sich aber dem kulturellen und wirtschaftlichen Gebiete zugewandt und hat eine fortwährende Anzahl von Resolutionen über die Vereinheitlichung von Währungen, wirtschaftlichen und währungsrechtlichen sowie kulturellen Maßnahmen gegnigt zum Zwecke einer engen Zusammenarbeit der Balkanstaaten. Diese Vereinheitlichungsbestrebungen sollen in einem zu errichtenden Balkaninstitut konzentriert werden. Es erbringt sich, auf die einzelnen der Beschlüsse hier einzugehen, da diese zunächst bei dem rein privaten Charakter des Kongresses so gut wie gar keine praktische Bedeutung haben. Sie stellen gewissermaßen nur Empfehlungen an

die Regierungen dar, die dann über ihr endgültiges Schicksal entscheiden werden. Trotzdem kann dem Kongreß eine eminent politische Bedeutung nicht abgesprochen werden. Sie liegt in der Tatsache, daß diese in vielfache politische Gegenätze verstrickten Balkanländer ihre Delegierten, wenn auch in privater Mission, so doch zweifellos nicht ohne starke antilige Einflüsse in eine gemeinsamen Konferenz entsenden die doch ohne Frage der Verhandlung und der Pazifizierung des Balkans dienen soll. Wir sehen hier die Konturen eines zukünftigen Balkan-Kongreß, vielleicht auch die ersten Anfänge Paneuropas auf der Basis einer regionalen Zusammenfassung von Staaten. Man darf natürlich die ungeheuer großen Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die der Verwirklichung des dem Kongreß vorliegenden Ideals entgegenstehen. Denn, abgesehen davon, daß die Balkanstaaten durch starke Interessengegenätze voneinander getrennt werden, so hat auf die politische Entwicklung des Balkans auch heute noch das Kräftepiel der sogenannten Großmächte einen maßgeblichen Einfluß. Wie Ausland schon jetzt in dem Balkankongreß die Vorbereitung einer antiliberalistischen Koalition wittert, so liegt es andererseits auf der Hand, daß Frankreich und Italien auch ihrerseits fortfahren werden, auf die Gestaltung der Balkanverhältnisse im Sinne ihrer Interessen und Aspirationen Einfluß zu nehmen. Ob der Balkan schon jetzt so stark und so reich ist, um derartigen Versuchungen und Versuchungen zu widerstehen, kann mit Recht bezweifelt werden.

Ein Ergebnis, das was kaum ein anderes in den letzten Jahren vom Schicksal der Befreiung des Balkans die Aufmerksamkeit der Welt verdient, ist die Verbindung zwischen Griechenland und der Türkei. In den letzten Oktobertagen hat der griechische Ministerpräsident Venizelos der türkischen Regierung in Ankara einen offiziellen Besuch abstatet, und bei dieser Gelegenheit sind ein Freundschafts- und Schiedsgerichts- sowie ein Handelsvertrags und ein Flottenabkommen abgeschlossen worden. Insbesondere ist das Letztere erwähnenswert, in dem sich beide Staaten auf der Basis der Parität bezüglich der Serrillung geeinigt haben. Wenn man sich vorstellt, wie diese beiden Völkern Jahrhundertlang einen erbitterten Kampf gesonnen haben, gefaßt, so kann man die Bedeutung der Verhandlungen ersehen, die notwendig auf absehbare Zeit zwischen den beiden Staaten die Politik der Gewalt ausschaltet. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß die türkische Auslösung Mussolini tatkräftig gefördert und vielleicht auch zustande gebracht hat, wie schon aus dem Danktelegramm herorgeht, das der türkische Außenminister anlässlich der Unterzeichnung der Verträge Mussolini überbrachte hat. Aus dieser Tatsache hat man auch geschlossen zu können geglaubt, daß die italienische Politik die griechisch-türkische Auslösung im Interesse ihrer Balkanaspirationen brauche. Es heben sich jedoch kaum Anzeichen dafür, daß die griechisch-türkische Annäherung tatsächlich diesem Ziel dienen soll. Wie dem aber auch sei, die Tatsache, daß die Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei beseitigt worden sind, ist für den Frieden auf dem Balkan von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

## Das deutsche Institut für Zeitungskunde.

Das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“ in Berlin ist Mitte Dezember aus einer vorläufigen Unterform in der Preussischen Staatsbibliothek in neue, für seine Lehre- und forschungstätigkeit besonders geeignete Räume übergesiedelt. Sie befinden sich im sogenannten alten Marstall, Breite Straße 6.

Damit find dem Institut auch räumlich die Möglichkeiten geboten, seiner großen Aufgabe gerecht zu werden. In Lehre und forschung pflegt das Institut den Gesamtbereich des Zeitungswesens. Die Ergebnisse seiner Arbeit sind in den Dienst der Allgemeinheit und der beruflichen Bildungsbestrebungen der Zeitungswesen gestellt. Das nach jeder Richtung hin unabhängige Institut dient auch den Lehrzwecken der Universität Berlin als lehrwissenschaftliches Seminar.

Sachlich und gründerlich hat das Institut auf der Grundlage fester Tatsachen das Zeitungswesen und die in ihm wirksamen geistigen, wirtschaftlichen und technischen Kräfte zu erforschen und seine Rolle im öffentlichen Leben darzustellen. Die in dem Kampfen unserer Tage und im überprüften Gegenwartsgeschehen in vorderer Linie lebende Zeitung soll gleichfalls in dieser Arbeit Gelegenheit zu ruhiger und rein sachlicher Wertung ihrer selbst finden.

So läßt das Institut eine umfassende Zukunftsforschung sein, alle Teile des Zeitungswesens und des ausführenden Zeitungswesens. Seine Kernstätigkeit geht — neben seiner abendlichen seminarähnlichen Aufgabe — besonders in zwei Richtungen. Es ersonnenzeit zeitungswissenschaftliche Fortbildungskurse, die den Zeitungswesen abseits von der drängenden Tagesarbeit Arbeits- und Anschauungsmöglichkeiten zu vertiefter Erkenntnis wichtiger Fragen ihrer sachlichen Tätigkeit vermittelt. Daneben verbreitet es das Wissen von der Zeitung in alle Kreise, die mit der Zeitung und

durch die Zeitung im öffentlichen Leben wirken. Daraus ergeben sich Beziehungen zur Deutschen Hochschule für Politik, zur Verwaltungsakademie, zu den Volkshochschulen u. a. m.

In seiner Forschungsarbeit gliedert sich das Institut in fünf Abteilungen. Die erste umfaßt die deutsche Zeitungsammlung, die zum Studium jeder Zeitung und ganzer Zeitungsgruppen die Unterlagen beschafft und zur Zeit mit dem Preussischen Statistischen Landesamt die erste große Zeitungsstatistik bearbeitet. Die zweite Abteilung behandelt und bearbeitet den ganzen Aufbau und die Arbeitsweise der Zeitung, die dritte befaßt sich mit den Wechsel-

wirkungen zwischen Zeitung und Umwelt, die vierte bearbeitet die gesamte ausländische Presse, die fünfte Abteilung ist zur Leitung des Ministerialbüros der Dr. Kurt Heenschel selbständig und bearbeitet das Prejudget.

So sucht das Institut neben seiner wissenschaftlichen Aufgabe auch praktische Ziele zu erfüllen. Die Ergebnisse seiner Arbeit werden der Öffentlichkeit aus Inoffiziell, als sie dazu beitragen sollen, durch Erläuterung der Zusammenhänge und durch Erhellung der öffentlichen Führung, soweit sie im Zeitungswesen Ausdruck finden, zur Förderung sachlicher Politik das Ihrige beizutragen. Doofst.

## Das Fiasco des Bolschewismus / Eindrücke aus Rußland.

Von . . .

Seit 13 Jahren steht, scheinbar gestillt, der sowjetrußische Rätestaat. Seit 10 Jahren funkt täglich der Moskauer Sender seine Sirenenflicke „An alle“. Alljährlich kommen Meldungen offiziellen Ursprungs aus dem Osten, die Rußland als ein Land aufsteigender Wirtschaft und wachsenden Wohlbestandes gegenüber dem Kräfte bekämpften Europa anpreisen. In der Schwere des Krieges hat sich Europa von Rußland entfernt, kosten losen Heilbeschlüssen häufig auf einen aufnahmehereitern Boden, um so mehr, als es auch an der Möglichkeit einer unmittelbaren Kontrolle fehlt. Die Wirklichkeit in Sowjetrußland, am Augenschein des Alltags gemessen, sieht sehr viel anderer Eindrücke, als die sehr geschickte sowjetrußische Propaganda es will und als es auch ein wohlgeleiteter Kritiker Sowjetrußlands erwarten dürfte.

Schon der Eintritt in das Land, in Dörfer, in Städte bringt die erste Enttäuschung. Fremdenartig, bunt, unbillig mutet die Atmosphäre den Besuchern an, ohne daß es sich lediglich Nechenschaft über sein Verenden ablegen kann, sondern langsam erst, insbesondere wenn man bestrahlt ist, nicht aus europäischen Vorurteilen heraus dem Land Ungeheerlichkeiten widerfahren zu lassen, formt sich in der ständigen Wiederholung der Erscheinungen ein bestimmter Eindruck. Die Häuser in den Straßen bieten das Bild einer ödligen Derwobrolung. Wenn früher in den Oststaaten die Spannung daran bestand, daß sich neben den unendlich vernachlässigten Miets-Farmern, Holzschlägern, Hütten oder sonstigen Unterfaustzimmern Paläste aufschürten, die von Eleganz und einem aufreißenden Gegensatz der Lebensverhältnisse zeigten, so ist diese Spannung heute in der Tat in Rußland beiseite geschoben. Die Wohnungen sind, ohne Paläste, aber auch nur nach der Mitte zu zusammengefallen. Wohnen, Paläste, Häuser, Hütten befinden sich heute in einem gleichen Zustande der Derwobrolung. Es gibt in ganz Sowjetrußland kaum ein geputztes, kaum ein neu bezugsrichtetes Haus. Die Gebäude sind verfallend, der Fuß abgedröckelt, die Fensterhebeln demoliert, aus den Eingängen der Häuser dringt über Geruch heraus, Menschenmassen ballen sich wie früher unter menschenunwürdigen Verhältnissen in den Wohnräumen. Die staatliche Hand, die heute allein über den gesamten Haushalt verfügt, hat es nach nicht in kleinem Umfang vermocht, aus dem ihr anserztanen Besitz Heimstätten für Menschen zu schaffen. Die Neubautätigkeit, die seit den Jahren des Bürgerkrieges aufgenommen worden ist, ist nach deutschen Maßstäben gemessen von ganz geringfügigem Umfang. Man hat sich damit begnügt, in den weniger Großstädten einige Siedlungen für die bevorzugte Kategorie der Schwerarbeiter einzurichten, aber auch die Wohnungen in diesen wenigen Häuserblöcken sind überfüllt und schon jetzt im Zustande des Derfalls. Mehrere Familien müssen in den zwei oder drei kleinen Zimmern wohnen. Der offiziell zugewiesene Wohnraum beträgt nur drei Quadratmeter je Person, und dieses Maß wird durch den unerhörten Mangel an Wohnungsraum auch imgehobelt. Geschäfte in dem landläufigen Sinne, in dem wir Geschäfte verstehen, sind bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr vorhanden. Der private Sektor, der vertrieben ist, ist erschredend klein. Er erstreckt sich alles in allem im Norden Rußlands auf den Handel mit Schußwaffen und Schußkrems, Dingen, die zur Genüge da sind, weil es an Schuhen fehlt. Im übrigen findet man ein paar Straßenhändler, die mit Galloß und im Süden mit Gemüse handeln. Das ist alles. Die Geschäftestopple die früher in privater Hand waren, sind sämtlich aufgehoben, geschlossen, haben zerbröckelt, verfallend, verstaubt. Die Schaufensterhebel sind mit Holz verschleimt mit Papier verklebt, eingeschlagen oder zum mindesten durch angeammelten jahrelangen Schmutz völlig undurchsichtig geworden. Die Straßen machen nach 13 Jahren Revolution den Eindruck eines eben erst vom Bürgerkrieg befreiten Ortes des Schreckens. Selbst die staatlichen oder vergesellschafteten Geschäfte, die heute der Bedarfdeckung des Publikums dienen, machen von dem allgemeinen Zustand der Derwobrolung keine Ausnahme. Eine Pflege der Anlagen gibt es nicht. Wohllos liegen seit Monaten ein paar Waren in den Fenstern herum. Die Fenster sind unangesehnt auf den Lebensmitteln sammeln sich Fliegen in unerhörtem Umfang. Das Publikum wird mit vollendeter Sieblosigkeit und Interesselosigkeit mit der ungesegneten Ware bedient.

Mit den Verkehrsmitteln sieht es nicht minder schlecht. In Leningrad, einer Stadt von über 1 Million Einwohnern, gibt es nur 60 Autotagen, die dem gesamten industriellen und Geschäftsbetrieb der Stadt dienen. In Moskau mit seinen über 2 Millionen Einwohnern sind es 120 Autos. Die Gefährte, die als man, von der Straßenbahn absteigen, angestiegen ist, sind die sogenannten „Jimoschiks“, die alten russischen Einspänner, die man aus den Bildern der Vorkriegszeit kennt und die auch jetzt dieser Zeit, wie man ihnen anseht, unermüdet abgenutzt und betmahe Lebensgefährlich im Gebrauch sind. Die Straßenbahnen helfen für den Passanten ein kändiges Objekt des Kampfes dar. Infolge Mangels von Sachpflege ist der Abgang an Material größer als der Zugang. Die Straßenbahnen reichen nicht im mindesten für den Verkehr aus und sind ständig überfüllt. Die Menschen hängen wie Bienenkämme zu den Trittbrettern heraus. Sie müssen bis zu einer Stunde warten, um Gelegenheit zu finden, mitzufahren, und sitzen an den Straßenbahnhaltestellen Keile.

Nach wesentlicher ist aber, daß sich auch das Eisenbahnenwesen in der letzten Zeit in einem schrecklichen Zustand der Desorganisation befindet. Bei der geringen Zugfolge sind die Züge derartig überfüllt, daß die gesundheitlichen Anfeindungen 10, 14 Tage an den Ausgangsstationen warten müssen, um überhaupt einen Platz zu bekommen. Auf den Eisenbahnstationen unterwegs liegen die Menschen auf bis zu drei Wochen. Die Bahnzüge sind Ombdlofen, allgemeine Biwaks geworden, auf denen Männer, Frauen, Kinder, ganze Familien mit jener Geduld und jenem Fatalismus, der dem Russen eigen ist, wochenlang warten, bis ihnen das Glück den Dorsitz eines Platzes gewährt. Die Züge treffen, auch wenn sie von den Ausgangsstationen pünktlich abgelassen werden, wie es geschieht, an den Stationen unterwegs mit sehr- und auch vollständig Verpöpfung infolge der schlechten Kohlenbeschaffenheit ein.

Dor allem aber herrschen im Land Hungersnot und Inflation. Den Hunger illustriert die Tatsache, daß die offiziellen Rationen, die verteilt werden, je Kopf des zum Bezuge berechtigten Arbeiters nur 500 Gramm Brot betragen am Tage, 500 Gramm Perlegrün im Monat, 400 Gramm Makkaroni und 500 Gramm Zucker. Lebensmittel anderer Art, außer Wassermelonen, Tomaten, Gurken, sind nicht zu finden. Die Fleischrationen betragen 1 bis 1½ Pfund je Monat, die Butterrationen ½ bis zu einem Pfund je Monat, und Milch ist nur für Kinder, und auch da nicht annähernd im erforderlichen Umfang vorhanden.

Die Inflation charakterisiert die Tatsache, daß im freien Handel 1 Kilo Zutter, wenn es erhältlich ist, 18 bis 20 Rubel, 1 Kiter Milch 140 Rubel, ein Ei 50 Kopeken kostet. Manufakturwaren, Schuhe und Strümpfe werden nur einer Schicht von besonders Begünstigten zuteil. Diese Waren werden unter den Bezugsberechtigten ausgelassen. Die schmutzigen Galle, die die Schwarzbestellen die erstbesten Waren erhalten. Nach den Verhältnissen, wie sie in einigen Städten vorgefallen wurden, hatte der Arbeiter bei normalen Glück die Chance, innerhalb von sechs Jahren einmal ein Paar Schuhe zu erhalten.

Es ist selbsterhellend, daß unter diesen Zuständen auch das Aussehen der Menschen sieht. Es gibt in Rußland heute keinen Menschen mehr, der mit irgendeiner Spur von bescheidener Sorgfalt angezogen wäre. Abgerissen, verstaubt, ohne die notwendigen Kleidungsstücke, trägt heute die Bevölkerung ihr Leben durch den Alltag. Man hat eine Klassenlose Gesellschaft geschaffen, aber es ist eine Gesellschaft auf der untersten Stufe der Kultur, fern allen Maßstäben, die wir in Europa noch heute als menschenwürdig anerkennen müssen.

Aber allem diesen herrscht als Geheiß, als Geißel, als eiserne Klammer, die eine Empörung verhilft, die Diktatur. Es ist nicht eine Diktatur des Proletariats, die nach dessen Wünschen und Bedürfnissen ein neues Leben schafft, es ist die Diktatur einiger weniger Machthaber, denen Europa fremd ist und die mit Bajonett und Gewehr eine Generation vergewaltigen muß, weil sie sonst jeßig von dieser Generation zur Derantwortung gezogen werden würde.

Büchereingang

Geschichte der Weltbevölkerung. Eine kurze Geschichte und Weltbevölkerungstabelle für Schulen aller Art, von Stadtmann Wolfesberger, Jahrgang 9. Göttingen. Dritte verbesserte und erweiterte Ausgabe, 35. S., 1900. Preis: 50 Pf. Verlag Neumann, Neudamm, Göttingen.

Katzenjäger, Gesechichte, öffentliche Feiern und Briefe. Zeitgedichten von G. Curt Geertz, 62 S., Preis: 1 RM. 1900. G. Z. Süddeutsches G. u. v. P., Berlin-Gehlenberg.

Die Werte der Rastmat. Erinnerungen an die Zeit Rilles, von Hermann Zschernig, Kriminal a. D. 72 S., Preis: gebunden 1.25 RM. Debes Verlag, Reichertsdorf, Berlin u. Leipzig.

Geschäftliche Mitteilungen

Tod bunfte Rumbacher. Wenn im Osten, Büchtl und Schöner, Passantenfronte glühend laden, und die frohe Koffelrinne jubelt wie aus einem Wunde: Gibt es höher denn Genuß? Dann liegt nahe wohl der Schluß: Rumbacher Bier ist's, nos sie trinken. — Besondere ist in der bunfte Rumbacher Bier, Genuß soll ein beglückendes Gefühl hervorbringen, ein heilendes und festliches Wohlbehagen erzeugen. Das feine bunfte Rumbacher Bier hat diese Wirkung. Die Ringe in der bunften Rumbacher Bier sind Besondere: die Genußrinne beim Trinken für jed. Jede Rumbacher gibt gern an ver. H. W. Schneider, Rumbach 22/23.

Das schönste Weihnachtsgeschenk für Mütter und Kinderfreunde:

EIN JAHRRESKALENDER

Mutter und Kind

Ein Tagebuch der Mutter für das Jahr 1931

Zwei Preisauschreiben für die Besitzer des Kalenders

Herausgegeben im 4. Jahrgang von Adele Schreiber

Preis nur 3.— RM

Zu beziehen durch alle Buchhandlung oder vom ZENTRALVERLAG G. M. B. H. BERLIN W 35

Die Königin

unter den Musikinstrumenten ist das Harmonium. Es ist das für gute Hausmusik geeignete Instrument und jedem erschwinglich. Sonderangebot verschiedener Marken, neu und gebrauch, doch tadellos.



Kolonien	..... neu	M. 145
5 Okt.	.....	195
5 Okt., 9 Register	.....	300
2 Spielt., 12 Reg.	..... neu	400
5 „ „	..... neu	450
3 1/2 „ „	..... neu	500
4 1/2 „ „	.....	500
8 „ „	.....	1250

Auf Wunsch zahlb. in 12 Monatsraten von M. 20 an. Frachtfreie Lieferung. Prop. II gratis. Piano- u. Harmoniumhaus Berlin, Lützowstr. 68. Neue u. gebr. Markenpianos spotbillig.

Die Pfalz unter französischer Besatzung 1918—1930

Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Herausgegeben vom bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, 453 Seiten nebst einer topographischen Karte der Pfalz. Preis in Halbleinen gebunden RM. 10.75.

Ein Werk von großer geschichtlicher Bedeutung, dem das amtliche Aktenmaterial zugrunde liegt. Niemals vorher sind die Vorgänge in einem vom Sieger besetzten Lande mit solcher Genauigkeit und Sachlichkeit festgelegt worden, wie in diesem Buche.

Die Korridor Gefahr

Das Problem des deutschen Ostens, der europäischen Verständigung, des Weltfriedens.

Von \* \* \* \* \* Mit einem Geleitwort von Dr. Franz Thierfelder. Preis geheftet RM. — 90.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung; wo keine am Platze, wenden Sie sich an den Verlag

SUDEDEUTSCHE MONATSHEFTE G. M. B. H. MÜNCHEN, SENDLINGERSTRASSE 80



Sie werden als unser Versicherter vollkommen als Privatpatient behandelt.

Ein Krankenschein ist nicht erforderlich.

Vereinigte Krankenkassen-Akt.-Ges., Berlin

Aktienkapital 5 Millionen RM. Reserven über 5 Millionen RM.

hier ausschneiden

An das

Spezial-Büro für die Beamtenverbände Otto Mack, Berlin O 17, Am Ostbahnhof 12.

Ich bitte um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen.

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

H.

BÜCHER zu Weihnachten aus dem Zentralverlag Berlin W35

Verlangen Sie den Verlagskatalog „10 Jahre Zentralverlag“

Staf: Thüringer Ritter Pflanzennus mit Pflanzen u. Zucker, 10 Pf. Elmer M. 2.50 ab hier, Nachnahme. Viele tausende Nachbestellungen. 0446 Ritter, Pflanzen- u. Zuckerfabrik, Schwanitz, Thür. 136.

Syndikat

Briefmarkensammler

verlangt sod. Probennummer ergründen Fachschr. mit vervollst. Mitteilungen. Die Post Berlin N 18 Friedrichstraße 131 d.

Kennen Sie schon DIE BROCKHAUS-ILLUSTRIERTE

Kostenlose Mitteilungsblätter des Verlags F.A. Brockhaus, Leipzig.

Sie wird Ihnen viel Anregungen geben können. Nummer 1 mit zahlreichen Abbildungen und Aufsätzen soeben erschienen. Verlangen Sie das Heft kostenlos und unverbindlich in einer Buchhandlung oder direkt vom Verlag

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Der Unterzeichnete ersucht um kostenlose, portofreie und unverbindliche Zusendung der „Brockhaus-Illustrierten“

Name u. Stand: \_\_\_\_\_

Ort u. Wohnung: \_\_\_\_\_

# DAS WEINACHT- BÜCHER- PAKET



Nach-**12 Bücher** in Gastein, geb. stehende. Liefert wir für **Rm. 30,-** und gewähren außerdem **10,-** langverleiblich durch Monatsraten von **Rm. 3,-** monatlich.

Kurt Hamann, August Weinsänger, Roman, Söhnen erziehen, Bm. 2,-. Paul Keller, Schick Hagel, Roman. Rudolf Herzog, Der alte Schachtel Carl, Novellen. Karl Rosner, Befehl des Kaisers, Roman. Carl Ludwig Schleich, Besondere Vergangenheit. Lebenserinnerungen. Manfred Hieber, Der Gang der Uhr / Cover 2,- Novellen. Franz Werfel, Verli, Roman einz. Opp. \* Felicitas Rose, Händschmiedin Urs Karsten, Roman, Halbband. \* Thien von Harbou, Die nach uns kommen, Roman. \* Elisabeth von Keyling, Liebe, Diplomatie und Hohlkäser, Roman. \* Marie Diers, Apotheke Rlanstrop. Roman. \* M. Hünler-Wrobiewska, Schwester Urs. Roman.

## Nur Beamten und Festbesoldeten

Liefert wir seit 1884 dr. ab unserer Fabrik

### Oberbetten, Unterbetten, Plumeaux und Kissen, Bettfedern und Daun

streich verträglich ohne Anzählung gegen 90 Monate Ziel und monatliche Rate.

Erste Rate 1 Monat nach Lieferung. Jedes Bett wird für jeden Kunden nach großartiger Wahl besonders angefertigt.

A milderwertige Ware führen wir nicht.

Lt. amtlich notarieller Bestätigung:

1. Über 40000 Kunden in mehr als 10000 Orten.
2. Über 100000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
3. Viele Kunden schreiben, daß sich gute Betten am eigenen Platz zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.  
Köln 149, Trierer Straße 13.  
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.  
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch 80 werden bestimmt unser Kunde.

**Gustav Weber & Co., Buchhandlung, Berlin S 14/35, Sebastianstraße 7**

**Bestellseheil:** Ich bestelle bei der Buchhandlung G. Weber & Co., Berlin S 14/35 das Weihnachtsbuecherpaket (12 Bde.) Rm. 30,-. Der ganze Betrag — die erste Rate Rm. 3,- — ist auszuschmen.

Lieferung soll am erfolgen. Eigentumrecht vorbehalten. Erfüllungsort Berlin.

Ort und Adresse: Name und Strand:

## Möbel-Hamerlins

N. Kantonsalbes 50  
Kleinanwahl, Zahlungs-  
erleichterung 6 %.

### Appliken

Preisliste frei!

Nicolaus Jacobi, Bremen 10

\*Allerlei alte Möbel  
Tafelbutter  
(Markenbutter) preisgünstig  
K. pasteurisiertes Rahm,  
versendet täglich frisch in  
Postpak. von 6 und 9 Pfd.  
Ink. in 1-od. 1/2 Pfd.-Stücken  
verp. gegen Nachnahme z.  
Zugspesen

Erste Buchhändler Molkerei  
(siehe Buchwaren H. 10/12)

Jetzt ist der Moselewein billigt!

Verbrauch 80  
1-lin 15er, 20 r od. über Kleise  
29er Moselweine 0.50  
29er Elsenauer Koenigs-  
berg 0.50  
28er Schwarze Katz 1.30  
27er Rindener-Eisenberg 1.00  
27er Rheiner Eckard 1.20  
21er Passporter Pfloher  
(Import) 1.20  
auch wert. Ferner Rubenl  
1., Thiechen 0.75. Glas  
behalten oder 0.20 p. Fl.  
sod. bestellen u. Preisliste  
verlangen. Laufende An-  
verkungen. Teilzahlung!  
Weiskeller Schmitt,  
Borsseel 89 (Mosel).

## Preisabbau

in Herren-, Speise- u. Schlafzimmern,  
Küchen, Einzel- und Polstermöbel.

Einmalige Gelegenheit:  
1 vollständiger Schlafzimmer  
schwerer Größe nur **M. 650,-**

**Möbelhaus Lindemann** vormals Bergmann.  
Seit 40 Jahren Berlin NO 43, Gollnubühl 28/29.  
Wohnung: 4 Kaufmänner! Wohnung!

**Weinachtsbier**

Das liefert beller die Gemächlichkeit im trauten Heim als ein Becher „Giesels“ bei gelagertem Besinnelichen in Familienkreis!

Man sagt ihn wohl und heißt, in dem so runde Bierchen verhalten sich die besten Qualitäten. Demutliche wird durch Einwirkung erzielt, durch feinsten Kalksteinen von, auch durch grünen Niesing, durch angenehme Würze, durch feinsten Rindener Bier.

Es ist ein helles Bier, das man anbestigt das ganze Jahr in den Keller legen kann. Es bleibt feils frisch und unbeschädigt.

Unsed für Renner und Feinschmecker.

Es ist ein Bier mit Giesels. Wenn die Qualität so gerne und Befolgen zum Beuten ein paar Flaschen davon mit auf den Tisch legt, so werden alle die sechsbündelige Segne mit Freuden empfinden. Auch eine lebhafte Beschreitung des Rindenerbiers ist es.

Es ist ein Becherbier. Bei Weidung und Waagefeils mit es deutlich bezeichnen. Es macht Appetit, regt an, befehlt. Schenkt manchen Beuten, bei es wieder folgt, und lebhaftig gemacht. Es gibt kein besseres Bier, es ist kein Meeres- und Schiffsbier.

Die Frauen lieben es. Es liefert Schönheit und Gesundheit, befruchtet die Beuchung und Stoffwechsl, befruchtet in feinen Büchle, liefert sogar mancherlei Schönheit und liebreichen Beuchle. Es ist ein mildes und feines Gieselsbier.

Sein Behalten ist gewöhnlich ab Jahresbestände Rindener und Ehrenreife, ab die traditionelle Beuchung bringt Würzen und Gewürzen. Das Rindener Beuchle ist bekommen, weil es eintrübt bei Feinschmecker des Rindenerbiers und fließt durch Giesels.

Gutes Bier in jedem Bechle. Es ist ein Bechle, die bekommen Rindener Wein-Bier in (sicheren Sechsbündel Bier) von der Quelle ins Giesels. Wenn Sie sich eine Flasche davon in den Keller. Es werden das gerne immer wieder tun. Es ist ein Bier, fließt Giesels!

Die „Wassers“ in 20 Zentrierteller-Büchlein. Inhalt von 0.75 Liter, ab 0.50 Liter, 20er „Rindener“ ab 20 Zentrierteller-Büchlein, Inhalt von 0.75 Liter, ab 0.50 Liter, mit 2. d. d. Oberte. Es enthält: Spezielle Zusätze, die gegen Giesung zum besten Bier bei Weidung!

Am sehr selten Tagen wird kein Bier befördert. Weideten Sie darum Ihren Beuchle mit dem Rindener Wein-Bier, bitte, rechtigst! Mein Giesels ohne Bier!

„Gerrettet! So ein Trank! Schabe was jeden Tropfen.“ Giesels Rindener Bier!

„Wenn werden wir wohl wieder mal so befrucht Rindener Bier trinken. Wie fließt das Edelste von Giesels!“ Dr. C. in B.

„Ich kann erinneren Euch noch ein ganz befruchtener Giesels bei uns, liebe Freunde. Wie haben eine fließende Rindener Bier!“ Bei einer Einladung.

„Nehmen werden Ihre Rindener trinken. Ich kann's gar nicht ertragen. Das trübt mich und auch lange geschmeit. Bei mirinnen gerne und werden sehr gemühtlich sein.“

„Meinen werden Ihre Rindener trinken. Ich kann's gar nicht ertragen. Das trübt mich und auch lange geschmeit. Bei mirinnen gerne und werden sehr gemühtlich sein.“ Dr. C. in B.

„Das Bier schmeit anders!“ Giesels Dr. C. in B.

„Das Bier, das nicht getrunken wird, bei jedem Beuchle verteilt!“

Beideleiende Maßregeln des Rindenerbiers. Giesels Beuchle in Bezug, Rindenerbierab aus 21. 1. 10.

Wie genauere für gute Weidung bei Rindener **M. W. Schneider, Rindener 22**

## Selbst Greise Klavierspielen

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch baldige leichte Erlernung Alles übertragende Befähigung eines klugen Musiklers. Prospect Nr. B 2 sofort kostenlos durch Verlag E. Baden, Lärchbach-Verlag.

## Die Spitzenrechner

der deutschen Sprechmaschinen-Industrie,  
Preis ab Fabrik nur 78 Mark. — 1 Jahr Garantie.

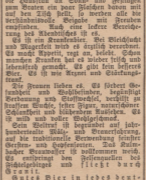
### Ohne Anzählung — 2 Mark wochenante

Rückzahlungrecht innerhalb 8 Tagen

## Leo Henrich, Sprechmaschinen- Fabrik „Edelton“ Schallplatten

(Wilmanns) G. Auswahl, bequemste Zahlweise, Prosop. 98gr. 10 u. franco

## 95000 zufriedene Kunden!



## Giesels

Das liefert beller die Gemächlichkeit im trauten Heim als ein Becher „Giesels“ bei gelagertem Besinnelichen in Familienkreis!

Man sagt ihn wohl und heißt, in dem so runde Bierchen verhalten sich die besten Qualitäten. Demutliche wird durch Einwirkung erzielt, durch feinsten Kalksteinen von, auch durch grünen Niesing, durch angenehme Würze, durch feinsten Rindener Bier.

Es ist ein helles Bier, das man anbestigt das ganze Jahr in den Keller legen kann. Es bleibt feils frisch und unbeschädigt.

Unsed für Renner und Feinschmecker.

Es ist ein Bier mit Giesels. Wenn die Qualität so gerne und Befolgen zum Beuten ein paar Flaschen davon mit auf den Tisch legt, so werden alle die sechsbündelige Segne mit Freuden empfinden. Auch eine lebhafte Beschreitung des Rindenerbiers ist es.

Es ist ein Becherbier. Bei Weidung und Waagefeils mit es deutlich bezeichnen. Es macht Appetit, regt an, befehlt. Schenkt manchen Beuten, bei es wieder folgt, und lebhaftig gemacht. Es gibt kein besseres Bier, es ist kein Meeres- und Schiffsbier.

Die Frauen lieben es. Es liefert Schönheit und Gesundheit, befruchtet die Beuchung und Stoffwechsl, befruchtet in feinen Büchle, liefert sogar mancherlei Schönheit und liebreichen Beuchle. Es ist ein mildes und feines Gieselsbier.

Sein Behalten ist gewöhnlich ab Jahresbestände Rindener und Ehrenreife, ab die traditionelle Beuchung bringt Würzen und Gewürzen. Das Rindener Beuchle ist bekommen, weil es eintrübt bei Feinschmecker des Rindenerbiers und fließt durch Giesels.

Gutes Bier in jedem Bechle. Es ist ein Bechle, die bekommen Rindener Wein-Bier in (sicheren Sechsbündel Bier) von der Quelle ins Giesels. Wenn Sie sich eine Flasche davon in den Keller. Es werden das gerne immer wieder tun. Es ist ein Bier, fließt Giesels!

Die „Wassers“ in 20 Zentrierteller-Büchlein. Inhalt von 0.75 Liter, ab 0.50 Liter, 20er „Rindener“ ab 20 Zentrierteller-Büchlein, Inhalt von 0.75 Liter, ab 0.50 Liter, mit 2. d. d. Oberte. Es enthält: Spezielle Zusätze, die gegen Giesung zum besten Bier bei Weidung!

## Wahlrechts-Gesetze

gültig bis 15. Januar 1921.

Der Inhalt dieses Wahlrechts-Gesetzes enthält 5 v. d. W. Einheitswahlrecht auf die Originalpreise. Die Bezeichnung des Wahlrechts-Gesetzes wird bei jeder Bestellung in Bezug. Bei jeder Bestellung muss Rindener Wein-Bier-Büchlein nicht bestanden werden.

Preis Wahlrechts-Gesetz enthält jeder Becher Bestellung, wenn die Bezeichnung bis 15. 1. 21 eintrübt, bei Rindener Wein-Bier-Büchlein nicht bestanden werden.

Wahlrechts-Gesetz Nr. 90, Schneider, Rindener 22.

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch baldige leichte Erlernung Alles übertragende Befähigung eines klugen Musiklers. Prospect Nr. B 2 sofort kostenlos durch Verlag E. Baden, Lärchbach-Verlag.

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch baldige leichte Erlernung Alles übertragende Befähigung eines klugen Musiklers. Prospect Nr. B 2 sofort kostenlos durch Verlag E. Baden, Lärchbach-Verlag.

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch baldige leichte Erlernung Alles übertragende Befähigung eines klugen Musiklers. Prospect Nr. B 2 sofort kostenlos durch Verlag E. Baden, Lärchbach-Verlag.

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch baldige leichte Erlernung Alles übertragende Befähigung eines klugen Musiklers. Prospect Nr. B 2 sofort kostenlos durch Verlag E. Baden, Lärchbach-Verlag.

# GRATIS!

## H. C. Andersens Märchen

mit Einleitung von Prof. Dr. Edv. Lehmann u. den richtigen alten hübschen

**Illustrationen**  
von Wilhelm Pedersen



Die berühmten Andersens Märchen werden von allen Kindern verstanden, und doch zielen diese Geschichten, für Kinder erzählt, von Kindern gehört und gelesen, weit höher. Sie sprechen durch das Kind zu dem Erwachsenen, und durch ihren Scherz rufen sie den Ernst herbei. Der Gedanke, der dahinterliegt, wenn er am meisten scherzt, ist der, welcher die gesamte Dichtung der Romantik erfüllte — der Gedanke an zwei Welten, eine höhere und eine niedere, der Gedanken und der Wirklichkeit, das wahre Leben und das falsche.

### Diese Weihnachtsausgabe

#### von **Andersens Märchen,**

die der Verlag anlässlich des 125. Geburtstages des Dichters herausgibt, enthält alle die bekanntesten Märchen und wird in **24 Großheften**

versandt. Jedes à 64 Seiten und gedruckt auf ausgenommen reinem, holzfreiem Papier und versehen mit etwa

**400 Illustrationen.**

**Dieses Werk darf in keinem deutschen Heim fehlen,** und der Verlag hat deshalb beschlossen, eine Risenaufgabe dieser Weihnachtsausgabe zu verteilen, so daß jeder Leser dieses Blattes

**das ganze Werk gratis** erhalten kann.

Wegen des billigen Drucksachenpreises wird das Werk nach und nach, und zwar wöchentlich mit einem Großheft jedesmal versandt. Unsere reinen Portoaufgaben betragen 8 Pfg. pro Großheft. Nur diese geringe Ausgabe muß der Empfänger selbst bezahlen, also 24 Großhefte à 8 Pfg. — im ganzen für das ganze Werk Mk. 1.92, welchen Betrag wir bitten, per Nachnahme auf einmal erlöben zu dürfen, wenn die Lieferung beginnt, weil die Nachnahmespesen sonst zu hoch werden.

Dieses Angebot kann nur durch die Post bedient werden, und ist für den Verlag nur 10 Tage bindend.

**Aber vergessen Sie nicht!**

**Der Coupon ist sofort einzusenden!**

### Gutscheine.

A. 49

Für den Verlag nur 10 Tage bindend.  
(Gilt nur in Deutschland.)

An

**Gefflon-Verlag G. m. b. H.**  
Berlin SW 48.

Ich erbitte: H. C. Andersens Märchen in beschriebenen 24 Großheften gratis. Ich habe außer den Nachnahmespesen (30 Pfg.) nur wie angegeben 8 Pfg. pro Großheft für Porto zu bezahlen.

**Andere Verpflichtung, übernehme**

ich nicht.

Name: .....

Adresse: .....

Bitte deutlich schreiben.  
Weder Marken noch Geld beiliegen.